

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua und Bismarckgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierzeile 80 Pfennig, Reklameweile 5.- Reichsmark, 'Kleine Anzeigen' das Letztgedruckte Wort 15 Pfennig (außer zwei Letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 5 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 17. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 37 538 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskontogesellschaft, Depotkassen Lindenstr. 2.

Volksbegehren und Sozialdemokratie.
Listenauslegung vom 4. bis 17. März.

In einem Teil unserer gestrigen Abendausgabe ist schon mitgeteilt worden, daß nach einer Bekanntmachung der Reichsregierung die Listen für das Volksbegehren in der Zeit vom 4. bis zum 17. März ausliegen sollen. Die Reichsregierung teilt zugleich mit, daß sie mit der Zulassung des Volksbegehrens nur den gesetzlichen Vorschriften entsprochen habe. Ihren eigenen politischen Standpunkt formuliert sie folgendermaßen:

Den Inhalt des Besetzungswurfs, der eine völlige entschädigungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfälle bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen und daß dann der weitergehende, mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

Es ist zuzugeben, daß das Reichskabinett im Rahmen seiner Befugnisse bleibt, wenn es seine Stellung zu dem beantragten Volksbegehren bekannt gibt. Auch das Kabinett und jedes seiner Mitglieder hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Beeinflussungsversuche, die darüber hinausgehen, Anwendung behördlichen Drucks, Aufwendung staatlicher Mittel wären allerdings im höchsten Grade unzulässig. Wir nehmen nicht an, daß sie beabsichtigt sind.

Das Kabinett geht bei seiner Stellungnahme davon aus, daß es gelingen wird, im Reichstag ein gesetzliche Regelung zu erreichen. Diese Regelung sehen wir noch nicht, wir sehen noch nicht, woher die Zweidrittelmehrheit kommen soll, ohne die es nach Ansicht der juristischen Sachverständigen nicht geht. Die Sozialdemokratie verlagert sich bekanntlich nicht dem Versuch, im Reichstag eine Notlösung zustandzubringen, die dann Gesetzeskraft erhalten würde, wenn der

Volksentscheid entgegen unserer Erwartung und trotz unserer Anstrengungen nicht zum Ziele führen sollte. Ob aber eine solche Notlösung gelingt, ist überaus zweifelhaft.

Welche Haltung gedenkt nun das Kabinett einzunehmen, wenn im Reichstag nichts zustandekommt? Darüber fehlen in der Regierungserklärung alle Angaben. Das Kabinett hat anerkannt, daß etwas geschehen muß, sonst würde es doch auch die Arbeit im Reichstag nicht fördern. Es hat anerkannt, daß die Fürsten nicht alles bekommen sollen und dürfen, was sie verlangen. Wenn nun der Versuch des Reichstags scheitert, will die Reichsregierung dann trotzdem dafür eintreten, daß die Fürsten alles bekommen?

Das Volksbegehren wird die notwendige Anzahl Unterschriften erhalten. Der Reichstag wird den Antrag, der ihm zugrunde liegt, sicher entweder ganz ablehnen oder ihn abändern. Im ersten Fall kommt der Antrag allein, im zweiten auch der Beschluß des Reichstags zum Volksentscheid. In keinem der beiden Fälle ist der Volksentscheid zu vermeiden.

Jetzt gilt es, bei der Unterzeichnung des Volksbegehrens mit einer möglichst glänzenden Zahl von Unterschriften aufzumarschieren. Je größer die Zahl, desto größer die Aussicht und die Zuversicht, auch beim Volksentscheid, der die Entfaltung noch viel größerer Massen erfordert, durchzudringen.

Die Unterzeichnung des Volksbegehrens ist eine Art öffentlicher Abstimmung. Der notwendige Aufwand an Zeit ist etwas größer als bei einer gewöhnlichen Wahl. Furcht vor dem Terror der Gegner und Faulheit sind die beiden Gefahren, denen der Kampf gilt. Das Volksbegehren ist die Vorbereitung des Volksentscheids. Bei ihm wird der Sieg nur dann zu gewinnen sein, wenn breite Massen, die bisher bürgerlich gestimmt haben, mit uns gehen. Diese Massen

können nur von der Sozialdemokratie für das Ziel des Volksentscheids gewonnen werden.

Was die Kommunisten bisher aufgestellt haben, war alles andere als eine Förderung des Kampfes. Ihre Methoden haben auf die noch abseits stehenden Massen gewiß keine Anziehungskraft. Ihre Art, den Kampf statt gegen die Fürsten gegen die Sozialdemokratie zu führen, wirkt im höchsten Grade abstoßend.

Jetzt, nachdem die Auslegung der Einzeichnungslisten bekannt gemacht worden ist, gibt es, für jeden sichtbar, kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts. Die Diskussion hat zu schweigen, wenn die Aktion im Gange ist. Die plumpen Verbädigungen müssen ein Ende haben, der Schwindel mit den falschen Einheits-Sammelkarten muß aufgehört! Der scharfe sachliche Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der KPD. bleibt bestehen — wir sind die Lehnen, die ihn vertuschen wollten — die Austragung von Meinungsverschiedenheiten auf allen anderen Gebieten bleibt frei. Jede Organisation führt nach getroffener Vereinbarung ihre Aktion selbständig, dann ist auf diesem Gebiet und für die Zeit der Aktion ein reibungsloses Nebeneinander möglich.

Handeln die Kommunisten anders, dann handeln sie als Saboteure der Volksbewegung, und dann werden sie der verdienten Abrechnung nicht entgehen.

Jedermann weiß aus der Wahlforschung, daß es die Sozialdemokratie ist, die in diesem Kampf die Massen zu stellen hat. Nur die Beteiligung der Sozialdemokratie und ihre Stärke machen es möglich, in diesem Kampf an Sieg zu denken! Diesen Sieg erstrebt die Sozialdemokratie, weil sie für das große Unternehmen des Volksentscheids mit ihrer Ehre engagiert ist. Sie erstrebt ihn, weil sie Kraft zeigen muß, wenn nicht die abgehalfterten Fürsten die Triumphfeier sein sollen und wenn nicht der Übermut der Arbeiterfeinde ins Ungemessene wachsen soll. Sie erstrebt ihn, weil es um Milliarden deutschen Volksvermögens geht und weil dieser Sieg der Ausgangspunkt für weitere Erfolge der Arbeiterbewegung werden soll.

In zwei Wochen beginnt der Aufmarsch zum Volksbegehren. In weiteren zwei Wochen muß er abgeschlossen sein. Jeder Mann und jede Frau, die bis zum 17. März das 20. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben, sind zur Eintragung in die Listen berechtigt. Das ist die erste Kraftprobe! In der Anstrengung jedes einzelnen, im kameradschaftlichen Zusammenarbeiten aller zeigte sich die Macht der Organisation!

Eintragungsliste

für ein Volksbegehren nach § 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Volksentscheid.

Die unten bezeichneten Eintragungsberechtigten begehren, daß dem Reichstage folgender Gesetzentwurf unterbreitet werde:

Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen.

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird. Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I.

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstinnenwitwen, ihrer Familien und Familienangehörigen, werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstentum bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

Artikel II.

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten: a) der Erwerbslosen, b) der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, c) der Sozial- und Kleinrentner, d) der bedürftigen Opfer der Inflation, e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genuß- und Versorgungsheimen für Kriegsschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinstrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel III.

Alle Verfügungen einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag, oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb 3 Monaten nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels II dieses Gesetzes über die Verwendung des enteigneten Fürstenvermögens durch die Länder zu treffen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Sozialer Ausschuss gegen Reichsregierung.

Im Sozialen Ausschuss des Reichstags erschienen zur Dienstagtagung sowohl der Reichsarbeits- als auch der Reichsfinanzminister, um den Beschluß des Kabinetts zu vertretzen und den Ausschuss von weitergehenden Beschlüssen abzuhalten. Sie teilten mit, daß die Beschlüsse des Ausschusses zur Kurzarbeiterunterstützung bei der geplanten Verordnung berücksichtigt werden sollen. Dagegen glaube das Kabinett einer weiteren Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht zustimmen zu können, die Regierung wolle lediglich für die alleinstehenden ledigen Erwerbslosen einer zehnprozentigen Erhöhung zustimmen, lehne aber jede Erhöhung für die übrigen Hauptunterstützungsempfänger, die Zuschlagsempfänger und für die Höchstbeträge ab.

In der folgenden mehrstündigen heftigen Auseinandersetzung wandten sich auch Zentrum und Demokraten gegen die Regierungsvorschläge, die einer Verhöhung der Erwerbslosen gleichläufigen. Der Regierungsstandpunkt fand nur die Zustimmung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen.

In der Abstimmung wurde nach Ablehnung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge beschlossen, die Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger allgemein um 10 Proz., für die alleinstehenden Ledigen um 20 Proz. zu erhöhen. Die Höchstbeträge sollen in allen Ortsklassen um 10 Proz. gesteigert werden. Der sozialdemokratische Antrag, den Erwerbslosen die Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit zu gewähren, wurde erneut abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung einmaliger Beihilfe an die Ausgesteuerten wurde zurückgestellt, nachdem der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in Aussicht gestellt hatte, die Bereitstellung weiterer Mittel für einmalige Beihilfen im Kabinett nochmals zu prüfen.

Kreis oder Amtsbezirk:

Gemeinde:

Table with 5 columns: Lfd. Nr., Zuname (Geburtsort oder Wohnort), Vorname, Stand, Beruf oder Gewerbe, Wohnung, Bemerkungen. Rows 1 and 2 are visible.

Das Bild zeigt den Kopf der Listen, die ab 4. März zur Einzelzeichnung für das Volksbegehren ausliegen werden. Die ganze Liste bildet einen Bogen von vier Seiten mit zahlreichen Feldern zur Eintragung.

Das „blaue Auge“.

Die Befürchtungen des Admirals v. Scheer.

Die „Leipziger Volkszeitung“ ist in der Lage, folgenden Brief des Admirals v. Scheer an den Ritter v. Mann zu veröffentlichen, der seit Max von Baden Staatssekretär des Reichsmarineministers war:

Abdruck! 3. Januar 1919. (Ohne Ortsangabe.)

Lieber Ritter v. Mann!

Es tut mir leid, wenn ich Sie mit meinen Ansprüchen belästigt und sogar auf Urlaub verfolgt habe. Um so mehr danke ich Ihnen für den Bescheid, den Sie mir aus München sandten, und der mir einige Aussicht eröffnet, mit einem blauen Auge aus der Geschichte herauszukommen. Auf die „hohe Pension“, fürchte ich, wird man kaum lange rechnen können, denn ohne blutige Auseinandersetzungen über den Besitz der Gewalt geht eine Revolution kaum ab. Und die Nachfrage ist bei uns doch sicherlich noch ungeklärt.

Hoffentlich haben Sie im Kreise Ihrer Familie Erholung und bei ihr alles nach Wunsch gefunden.

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener
gez.: Scheer.
Für richtige Abschrift
gez.: Otto Bernicke,
WM. des Bero. Dep.

R.-M.
Bero. Dep.
13. 1. 19.

Scheer ist der Mann, der die Todesurteile gegen die Matrosen Reichpleisch und Köbis vollstrecken ließ, trotzdem alle juristischen Ratgeber, mit Ausnahme des erkennenden Kriegsgerichts, die Anwendung der Todesstrafe für ein Unrecht hielten.

Scheer hatte nach Ausbruch der Revolution ein schlechtes Gewissen, wie sein Brief an den Ritter v. Mann zeigt. Er ist tatsächlich mit einem „blauen Auge“ davongekommen. Er bezieht noch immer seine „hohe Pension“. Und zwar, ohne darüber zu erröten. Non olet!

Cramon Schweigt.

Er kennt Capello — lehnt aber Aufklärungen ab.

Die Steinschen Enthüllungen über ein Russolitisches Bündnisangebot gegen Frankreich, das seinerzeit den deutschen Reichstagen durch General Capello überbracht worden sei, scheint den Italienschen Faschisten äußerst peinlich zu sein. Der Berliner Korrespondent der römischen „Tribuna“, Morandi, hat, wie er seinem Blatte am 14. d. M. telegraphiert, den General von Cramon aufgesucht. Offenbar erhoffte er ein Dementi von ihm zu hören. Statt dessen ließ er auf ein bedenkliches Schweigen.

Wohl bestätigte von Cramon, daß er den General Capello sehr gut kenne, doch lehnte er einstweilen jede weitere Erklärungen ab.

Es dürfte also an dem ebenso phantastischen wie gefährlichen Plan doch etwas sein, sonst würde ja Cramon alles Interesse daran haben, die Steinschen Angaben zu dementieren.

Interessant ist indessen der Versuch der „Tribuna“, wie aus der Ueberschrift des Telegramms hervorgeht, die Sache als eine Angelegenheit des Generals Capello abzutun. O nein! Damals war Capello noch Faschist und Vertrauensmann Mussolinis. Wenn er Angebote gemacht hat, so nicht nur mit Wissen, sondern im Auftrag des „Duce“. Vielleicht ist es jetzt dem Diktator doppelt erwünscht, daß Capello als angeblicher Anstifter eines angeblichen Komplottes hinter Saksch und Kegel sitzt und somit als Zeuge einstweilen nicht in Betracht kommt. Vor allem ist es bezeichnend, daß weder die Faschistenpresse, noch die italienische Regierung es bisher für tunlich erachtet hat, jene Behauptungen der deutschnationalen Presse zu dementieren. Infolgedessen wäre ein etwa jetzt noch erscheinendes Dementi noch weniger glaubwürdig als ihre sonstigen Erklärungen.

Redeübungen in der Schule.

Von Studienassessor Dr. Willy Blumenthal.

Unter der Monarchie mit ihrer Beschränkung der persönlichen Freiheit hatte der „gemeine“ Mann nur selten Gelegenheit zu öffentlicher rednerischer Tätigkeit. Er konnte zufrieden sein, von Zeit zu Zeit als stummes Stimmvieh zur Urne zu schreiten, sonst aber hieß es für ihn: Mund halten! Stillsitzen! Die Republik, die als freiherrlicher Volksstaat jedem einzelnen die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit geben soll, die mit ihren mannigfachen politischen, sozialen und parlamentarischen Einrichtungen von der großen Masse geradezu abhängig ist und sich an die meiste Öffentlichkeit wendet, um sie zu tätiger Mitarbeit aufzurufen, verlangt auch eine möglichst ausgiebige rednerische Ausbildung aller Staatsbürger.

Die geeignete Stätte für eine solche rechtzeitige Vorbereitung zum Dienst am Staate ist naturgemäß die Schule. Die längst herausgegebenen Richtlinien zu den neuen Lehrplänen geben auf diese neuzeitliche Unterweisungspflicht sämtlicher Lehranstalten noch nicht genügend ein. Es muß als selbstverständliche Einrichtung des Arbeits- und Gesamtunterrichts von der Unterstufe an den Schülern Gelegenheit zum freien Sprechen gegeben werden, die dann auf der Oberstufe zu Diskussions-, Vortrags- und Redeübungen auszubauen ist, ein Gedanke, auf dem auch der inzwischen längst fast entfallene „Schulgemeindeerlass“ beruhte. Aber nicht nur die Fähigkeit zum fließenden Sprechen soll in der kommenden Generation frühzeitig geweckt werden; auch das schöne Sprechen, die kunstvolle Art des Vortrags muß mehr als bisher gepflegt werden, wobei natürlich jede höchste Theatralik oder gestenreiche Rhetorik zu vermeiden ist. Wichtig aber ist es, daß schon auf der Schule, und zwar bereits in den untersten Klassen, auf klares, deutliches und schönes Sprechen, auf fließenden Vortrag, auch auf äußere Haltung und Gestikulation in allen Fächern, nicht nur im Deutschunterricht gelehrt wird. Selber verlangen hierbei die Lehrer selbst noch zu oft, so daß Vortragsmeister und Sprachkünstler — warum nicht auch in geeigneten Fällen Schauspieler — hinzugezogen werden müßten. Einige Schulreformer regen sogar an, Sprachkunde als Pflichtfach oder zumindest Wahlfach in allen Schulen, auch in Volls- und Fortbildungsschulen einzuführen, ein Vorschlag, der sicherlich ernstlicher Erwägung wert ist und früher oder später bei geeignetem Lehrmaterial in einem Volksstaat zur Durchführung kommen muß.

Das Darmstädter Landestheater in Gefahr. Der Finanzausschuß des Hessischen Landtages nahm eine von den Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Entschließung an, nach der das Landestheater mit Ende der Spielzeit 1926/27 zu schließen ist, wenn die Stadt Darmstadt ihre Beteiligung an dem Zuschuß nicht auf 45 Proz. erhöht.

Gewerkschaften und Wirtschaftskrise.

Für höhere Löhne und soziale Hilfe.

Von gewerkschaftlicher Seite erfahren wir: Der Reichswirtschaftsminister empfing am Dienstag in Gegenwart des Reichsarbeitsministers die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, um sie über eine Reihe von Maßnahmen, die vom Reichswirtschaftsministerium zur Belebung der deutschen Wirtschaft in Aussicht genommen sind, zu unterrichten. Er erörterte in erster Linie den Plan einer Exportversicherung, weiter gewisse Maßnahmen zur Förderung des Kohlenabfahres und die in Aussicht genommene verstärkte Auftragserteilung durch die Reichsbahn. Für die freien Gewerkschaften nahmen an der Konferenz die Genossen Graßmann, Spliedt und Schweizer teil.

An die Ausführungen des Ministers anschließend, trugen die Gewerkschaften in einer in die Einzelheiten gehenden Aussprache ihre wirtschaftspolitischen Forderungen vor. Insbesondere wurde die Regelung des Wohnungsbaus eingehend durchgesprochen und von den Gewerkschaftsvertretern die grundsätzliche Förderung des vom Reichsarbeitsministerium vertretenen Wohnungsbauprogramms gefordert. Der Minister verwies demgegenüber auf die dem entgegenstehenden Schwierigkeiten und auf die Gefahr der Hereinnahme größerer Kredite zu Bauzwecken.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde der Minister auf die großen volkswirtschaftlichen Gefahren hingewiesen, die unermesslich sind, wenn die Unternehmer auf ihrem Plan beharren, die Löhne abzubauen. Es wurde gefordert, daß auch das Wohlfahrtsministerium sich im Interesse der Wirtschaft diesem Beginnen entgegenstellt. Hinsichtlich der Unterstützung der Erwerbslosen verwies der Minister auf die Erklärungen der Reichsregierung, nach denen weitere Erhöhungen der Unterstützungssätze zurzeit unmöglich seien. Es soll lediglich für diejenigen Bedingten, die einen eigenen Haushalt führen, eine etwa zehnprozentige Erhöhung eintreten.

Die Gewerkschaftsvertreter betonten demgegenüber, daß sie sich mit einer derartigen Regelung der Unterstützungssätze nicht einverstanden erklären könnten und sehen die Regierung nicht darüber im unklaren, daß sie mit allen Kräften für eine Erhöhung der Unterstützung kämpfen würden. Sie gaben zu, daß die Belastung durch die Erwerbslosenfürsorge groß sei, betonten aber, daß die deutsche Wirtschaft Möglichkeiten genug biete, um die Opfer der Krise, die vermutlich noch auf lange Zeit hinaus arbeitslos sein würden, genügend hoch zu unterstützen. Der Reichsarbeitsminister betonte am Schluß der Aussprache, daß er Gewicht darauf lege, jederzeit mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Denkschriften der Admirale.

Wer hat sie veranlaßt?

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses brachte Abg. Rönneburg den Fall des Admirals Truppel zur Sprache. Truppel hatte in einer Rede ausgeführt, daß bei ihm für die alte Flagge volle Gefühlsmomente sprächen, daß aber selbstverständlich der neuen Flagge jede Achtung gezollt werden müsse. Diese Bemerkung wie die weitere, daß er sich von dem Höchstkommmandierenden abgewendet habe, als dieser Heer und Marine im Stich gelassen habe, brachten ihm vom Marineoffizierverbande geradezu wüste Angriffe ein. Abg. Rönneburg fragte, warum nach solchem Verhalten dieser Verband von der Marineleitung nicht als ein „politischer“ angesehen werde.

Genosse Dittmann stellte an den Reichswehrminister sechs schriftlich formulierte Anfragen, die im wesentlichen lauten:

1. Wer hat dem damaligen Staatsanwalt Dr. Dobring am 29. März 1919 auf seinen Antrag die amtlichen Marineakten zur Herausgabe eines Buches „Die Revolution und die Marine, von Konteradmiral Nollweg“ zur Verfügung gestellt und aus welchem Grunde geschah das?
2. Wer hat dem Oberregierungsrat Loesch in Barmen auf

seinen Antrag vom 23. Mai 1924 die amtlichen Marineakten zur Verfügung gestellt, die er zur Herausgabe eines Buches über die Marineereignisse von 1917 und 1918 gewünscht hatte, wobei er sich verpflichtete, den Entwurf der Marineleitung vorzulegen und die Veröffentlichung nur mit deren Genehmigung vorzunehmen und aus welchem Grunde geschah das?

3. Ist die Denkschrift, zu deren Ausarbeitung der Admiralstab am 16. Mai 1919 von der Rechtsabteilung des Reichsmarineministers bestimmte Akten eingefordert hat, identisch mit der im Frühjahr 1924 dem Untersuchungsausschuß eingereichten Denkschrift und wer trägt für sie die Verantwortung?

4. Was ist vom Reichswehrministerium bisher geschehen, um festzustellen, wie die dem Untersuchungsausschuß überreichte Denkschrift in dem Aprilheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte“ auszugswise zum Abdruck gebracht werden konnte?

5. Aus welchen Gründen hat das Reichswehrministerium den Herren v. Trotha und Dr. Dobring im Münchener Dolchstoßprozeß amtliche Marineakten zur Verfügung gestellt, trotzdem das Reichswehrministerium wußte, daß der Untersuchungsausschuß des Reichstages die in München erörterten Fragen amtlich prüft?

6. Welche amtliche Stelle hat den Konteradmiral v. Lesehorn ermächtigt, eine von ihm amtlich verfaßte Denkschrift über die letzten Monate deutscher Seekriegsführung der Redaktion der „Süddeutschen Monatshefte“ zur Verfügung zu stellen, die sie als Artikel in ihrem Aprilheft 1924 veröffentlicht hat?

Zur Begründung dieser Anfrage verwies Genosse Dittmann darauf, daß ein großer Teil der früheren Marineoffiziere jetzt in den rechtsradikalen Organisationen die Republik, von der sie Pension beziehen, bekämpft. Ihre früheren Beziehungen zu amtlichen Marinestellen würden dabei offenbar dazu ausgenutzt, sich amtliches Material zu verschaffen, um es gegen die Republik und die Linksparteien tendenzlos auszunutzen. Der Redner ersuchte den Minister Gessler, die konkret gestellten Fragen ebenso konkret — eventuell später — zu beantworten. Ihm läge nicht daran, die bei dem Minister bekannten verbindlichen unverbindlichen allgemeinen Redewendungen zu hören, sondern bestimmte Angaben!

In seiner Antwort sagt Herr Gessler diese Angaben rechtzeitig vor Beginn der Dritten Lesung zu, wollte sich aber dagegen verwahren, daß er „verbindliche unverbindliche Redewendungen“ gebrauche, wenn er antwortet, „soweit er es für richtig halte“. Diese lebhafte Wendung erregte allseitige Heiterkeit, da sie die Charakterisierung Gesslers durch Dittmann bestätigte.

Weiter gab der Reichswehrminister an, die Entsendung des Admirals von Trotha sei auf den Wunsch des Ausschusses erfolgt. Als Genosse Dr. Moses dies bestritt, erklärte Dr. Gessler, so sei die Sache ihm dargestellt worden. An die Kommissare ist die Instruktion erteilt worden, keine eigene Stellung zu nehmen. Es sei doch auch selbstverständlich unmöglich, daß die Marineleitung im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen sich durch Kommissare festlegen lassen könnte. Es werde ein amtliches Wort herausgegeben werden, in dem nach Abschluß der Verhandlungen die amtliche Antwort erteilt werden würde. Als amtliche Denkschriften dürften nur solche Druckschriften angesehen werden, die von ihm oder dem Chef der Heeres bzw. der Marineleitung gezeichnet sind. Der Marineoffizierverband sei in der Hauptsache ein Verband inaktiver Offiziere. Er hätte sich sofort wegen des Vorfalls Truppel mit dem Verband in Beziehung gesetzt und den Bescheid erhalten, daß für diese Angriffe, die der Verband mißbilligt, nur ein einziger Mann verantwortlich sei. Der Verband sei durchaus unpolitisch. Der Schriftwechsel mit dem Verbande sei dem Admiral Truppel zugestellt worden und dieser habe sich für befriedigt erklärt. Das Verbot der Ausbildung von Zeitfreiwilligen bestehe bei der Marine wie beim Heer. Die Rüstingerverbreitung wird genau untersucht werden. Er freue sich im übrigen feststellen zu können, daß die heftigen Vorwürfe, die früher gegen die Marine erhoben wurden, von Jahr zu Jahr zurückgeschraubt worden sind und daß sich mehr und mehr die bei der Marine eingeschlagene Politik als richtig herausstelle.

Die Not der Schriftsteller.

Von Hans Ostwald geht uns folgende Zuschrift zu: „Die Ermüdung von Ernst Toller auf meine Ergänzung zum Verfallungsbericht enthält einige Fehlschlüsse:

Der Schupoerband Deutscher Schriftsteller ist eine rein gewerkschaftliche Organisation, was auch sein Interzitat „Gewerkschaft der Deutschen Schriftsteller“ beweist. Er hat sich also von jeder politischen Tätigkeit fern zu halten. Also mußte auch der Vorsitzende der Versammlung im Herrenhaus die mit dem Thema der Versammlung nicht übereinstimmende Resolution aus der Versammlung fernhalten, zumal sie in gar keinem Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Aufgaben des Schupoverbandes steht.

Die Unterchriften unter der Resolution beweisen, daß es sich hier um einen rein agitatorischen Vorstoß jener Elemente handelt, denen es nie um die Förderung der Sache an sich, sondern um Verberedschaft für ihre Richtung zu tun ist. Sonst hätten sie meine Einheitsklärung nicht niedergeschrien, sondern ihr zugestimmt und damit den Zweck der Versammlung erfüllt.

Dieser Zweck war ihnen jedoch zuwider. Der Schupoerband soll vielmehr als Experimentiergewerkschaft dienen, in der die Taktik der Stroh- und Sprengungszellen ausprobiert wird.

Die Mehrzahl der Mitglieder des SDS bedankt sich dafür, zum Objekt der Propagandakampagnen der SPD zu werden und wird beweisen, daß sie die Fahne der freien und unabhängigen Gewerkschaft aufrecht halten kann.“

Da beide Auffassungen jetzt genügend zu Worte gekommen sind, wird die Aussprache geschlossen.

Querwaldein.

Einer jener Tage zwischen Winter und Frühling, die mit ihrem grauen Himmel und lesem Geriesel aus schon im Fallen schmelzenden kleinen Schneeflockchen, aber zugleich auch mit den ersten Zeichen neu erwachender Natur zwei Jahreszeiten verbinden. Noch schläft der Wald, aber er beginnt sich zu strecken. Längst säubert die Troddeln der Haseln und Erlen; sie müssen sich als Frühauflöser betätigen, denn es dauert bis in den Herbst, bevor ihre Früchte reifen. Unter dem schwellenden Druck, den Vorfrühlingsstöße ausgelöst haben, haben die Knospen des Unterholzes sich ein wenig gelodert, so daß die braunen Schuppen mit schmalen, grünen Streifen wechseln, die ins Freie hinauslugen, wie um zu warnen.

Unterhalb dieses endlosen Gehänges werdender Blätter erstreckt sich zu unseren Füßen, querwaldein, die braune Decke ihrer abgestorbenen Vorgänger. Pflanzliches und tierisches Kleinleben arbeitet unablässig an ihrer Auflösung und restlosen Vereinigung mit dem Mutterboden. Aber noch haben die alten Blätter ihre Formen behalten, mühelos sind Eiche und Ahorn, Rot- und Weißbuche u. a. m. zu unterseiden. Eichhähnen, die es ja mit dem Winterstief nie genau nehmen, durchzuziehen die Laubbäume nach verlassenen Eichen, Haselnüssen und Bucheckern, und finden sie, wo unser Suchen vergeblich bliebe.

Hier erregen lange Reihen von Maulwurfsbügel, ganz frisch, wie kleine Buffane aus dem Boden gebrochen, dort ein großer Ameisenhaufen, auf dem sich aber noch nichts regt, unsere Aufmerksamkeit. Ein Zug mit dem kleinen Plantonetz durch das glanzlos

schwarze Wasser des nächsten Grabens aber bringt uns ein Gewimmel kleiner und kleiner Wesen, deren Treiben auch unter der Eisdicke nie erlischt, während die Frösche noch erstickt im Schlamm ruhen. Dieses Faktum-Kunststück entzieht sie den Nahrungsvorgen des Winters. Am Rande des Grabens durchbrechen die ersten grünen Spieße der Wallerschwärmlinge den Schlamm.

Unser Ziel? Wir haben keines. Es sei denn der Stamm jener Eiche, den der Wintersturm zur Stred gebracht hat, nachdem diese Konsole aus Feuerschwamm, die wir aus seiner Seite brechen sehen, seine Widerstandskraft geschwächt haben. Hier horchen wir auf die Melodie des Waldes. Noch ist sie auf keine heitere Note gestimmt. Denn die hohen, dünnen Stimmen der Reifen vermögen nichts gegen die rauhen Dissonanzen der Krähen und Hähner. Die Buchsinken, die den Winter als Strohmiter verleben, während ihre Weibchen den warmen Süden vorziehen, schweigen, und auch die Amfeln haben ihre Flöten noch nicht ausgepackt. Auch der Specht ist, bei aller Beschäftigkeit, noch stumm. Aber ab und zu schielt er schon nach einem tüchtigen, dünnen Ast, um bald auf ihm seine Werbetrommel rühren zu können. Dann wird der Wald erwachen!

S. S.

Gesundheitslehre im Schulunterricht. In einem Rundschreiben des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird die Erwartung ausgesprochen, daß an Volls-, Mittels- und höheren Schulen auf Grund der früher gegebenen Richtlinien die Unterweisung in der Gesundheitslehre hinreichend berücksichtigt und hierdurch das Verantwortungsgewußt des Schülers für die eigene Lebensführung wie für die Mitarbeit an der Gesunderhaltung des ganzen Volkes dauernd geweckt wird. Die Belehrungen, die sich nicht auf den naturkundlichen Unterricht allein beschränken sollen, haben den Zweck, die Schüler durch nachhaltige erzieherische Beeinflussung an die ständige Beobachtung der notwendigen Gesundheitsregeln zu gewöhnen.

Um die Lehrer und Lehrerinnen in ihrer hygienischen Ausbildung zu vertiefen, empfiehlt der Minister, vorläufig versuchsweise in jedem Regierungsbezirk (Provinz) hygienische Lehrgänge zu veranstalten. Die Kurse sollen möglichst im Anschluß an die für die Zeit vom 18. bis 25. April d. J. geplante Reichsgesundheitswoche beginnen.

Das metrische System in Griechenland. Die Regierung Vangelos hat beschloffen, das metrische System in Griechenland einzuführen. Bisher galt der sogenannte Pst, der 64 Zentimeter betrug, und als Gewichtsmass die Deka, deren Gewicht 1280 Gramm war. Griechenland wird also demnach der Internationalen Konvention der Maße auf allen Gebieten beitreten.

In der Südtürkei Oper wird gegenwärtig die Oper „Die Dame von Schalkensbach“ unter der musikalischen Leitung von Bruno Walter in einer Inszenierung des Intendanten Kietjen vorbereitet.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger veranstaltet am Abend, am 11/12. Uhr ebenfalls im Gloria-Ballet eine „Nachtreue der Achtzehner“, deren erster Teil aus einer Fiktion vorstellung besteht. Den zweiten Teil bildet ein Ball, zu dem Kapellmeister Arthur Guttman mit seiner Jazzband aufspielen wird.

Attentat in Budapest.

Zur Hilfeleistung für die Fälscher.

Budapest, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Abgeordnete Dr. Bazsonyi, der in Untersuchungsausschuss eine führende Rolle als Bekämpfer Beihilzens spielt, wurde Dienstag um 11½ Uhr vormittags, als er sich von seiner Rechtsanwaltskanzlei in das Parlament begeben wollte, von zwei jungen Leuten überfallen. Sie schlugen mit Gummiknüppeln auf ihn ein, und nur durch die Hilfe mehrerer Passanten, die sich auf die Klienten stürzten, wurden schwerere Verletzungen vermieden. Auf der Polizeistation wurde festgestellt, daß die Täter zu dem berüchtigten Detachment Hejjas gehören und ihre Namen bei verschiedenen Bluttaten der „Erwachenden“ schon genannt wurden. So hat der eine, namens Molnar, bei dem Blutbad in Szolnok mitgetan. Als ein Budapest Blatt damals über die Schandtaten berichtete, bedrohte er sofort in einem Briefe den verantwortlichen Redakteur mit dem Tode. Bei der Polizei redeten sich beide dahin aus, daß sie aus patriotischen Motiven gehandelt hätten. Den Zeugen des Überfalles drohen sie in Gegenwart von Polizeibeamten wegen ihrer Aussagen mit sofortiger Verhaftung! In ihrem Besitz befanden sich Gummiknäppel und zwei Revolver mit Patronen.

Als sich in der Nationalversammlung die Nachricht von dem Attentat verbreitete, ergriff sofort der demokratische Abg. Kots das Wort und erklärte, daß die Regierung jeden Tag, den sie länger im Amte verbleibe, die Unruhen im Lande vergrößere. Er forderte den Ministerpräsidenten deshalb auf, abzudanken. Graf Bejlen, der das Wort nehmen wollte, wurde von der Opposition mit dem Ruf empfangen: „Danke Sie ab, Sie bringen Schande über das Land!“ Abgeordnete schlugen mit den Fäusten auf die Türräder, so daß sich der Ministerpräsident kaum verständlich machen konnte. In dem großen Lärm versicherte er, daß die Regierung das Attentat verurteile. Gegenüber den zahlreichen Zurufen erklärte er, daß er unter allen Umständen seine Ehre verteidigen werde.

Das sozialdemokratische Organ „Repizava“ ruft die Arbeiterschaft für kommenden Sonntag zu Straßendemonstrationen auf, um den angelegentlich (inszwischen verboten. Red.) Demonstrationen der Rassenhändler zuzukommen.

Parlamentskrach in Prag.

Benesch niedergelchrien.

Prag, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Eröffnungssitzung der neuen Parlamentssession gab es gewaltige Lärmereien.

Die tschechoslowakische Regierung hat bis jetzt noch nicht die Anerkennung der Sowjetunion ausgesprochen und auf der jüngsten Konferenz der kleinen Entente in Lemesvor hat Benesch erklärt, daß diese Anerkennung auch weiter nicht erfolge, u. a. deshalb, weil Moskau auffallend viele Konsulate in der tschechoslowakischen Provinz Karpathoruthland errichten wolle, die nur zur kommunistischen Propaganda dienen könnten.

Als nun heute Außenminister Dr. Benesch sein Referat erstattete, unterbrachen ihn die Kommunisten fortgesetzt mit Rufen nach der Anerkennung Russlands. Die deutschen Sozialdemokraten machten erregte Zwischenrufe wegen der Sprachenerordnung und griffen Benesch auch wegen der Intrigen im Böhmerland an, die sie als Aufhebung der wahren Absichten gewisser Mächte in Locarno bezweifelten. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen. In dem Lärm war Benesch, der auch über die ungarischen Selbstschlächter sprach, nicht zu verstehen. Die Erregung der Opposition stieg auf den Höhepunkt, als einige uniformierte Beamte der Parlamentswache auf der Zuhörergalerie erschienen — wofür sie wahrscheinlich nur aus Neugier gegangen waren. Der Präsident befahl denn auch nach einiger Zeit ihren Abzug. Der Lärm hielt jedoch an, so daß Benesch trotz der vorhandenen Lautverstärker höchstens von den stenographen verstanden werden ist.

Gegen weitere Ratsitze.

Ein Arbeiterantrag im Unterhaus.

London, 16. Februar. (Unterhaus ZTB.) Die Arbeiterpartei beantragt, Zufriedenheit über Deutschlands Gelübde um Aufnahme in den Völkerbund auszusprechen, den Beschluß, der Deutschland gemäß dem Vertrag von Locarno einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zusichert, zu billigen, aber den Wunsch zu äußern, die Regierung möge eine weitere Vermehrung der ständigen Ratsitze nicht unterstützen, da die Gewährung der Forderungen anderer Mächte als ein Verstoß gegen das Abkommen von Locarno betrachtet werden könnte. Der Antrag wird wahrscheinlich vor der Abreise Chamberlains nach Genf am 6. März zur Beratung gelangen.

Briand appelliert an den Senat.

Die Kammer bewilligt ihm 1,1 statt 8 Milliarden!

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzdebatte der Kammer ist nach fast vierwöchiger Dauer am Dienstag morgen zu Ende gegangen und hat mit einem beispiellosen Fiasko des Kabinetts Briand und vor allem seines Finanzministers Doumer geendet. Seine ursprüngliche Vorlage hatte nicht weniger als 8,8 Milliarden neue Einnahmen verlangt. Davon sollten 3 Milliarden aus den sogenannten Voucher-Steuern, die die Kammer Anfang Dezember bewilligt hatte, gewonnen und 5,8 Milliarden aus neuen Einnahmen erlangt werden. Der jetzt verabschiedete Torso wird im besten Falle 1,5 Milliarden bringen. Allein zur Deckung des rechnungsmäßigen Defizits im laufenden Haushalt fehlen noch etwa 2,5 Milliarden! Der wirkliche Fehlbetrag wird noch viel höher sein, da der Haushalt zu einer Zeit aufgestellt wurde, als der Kurs des Pfund Sterling um 100 stand, während er heute 134 erreicht hat, was eine etwa 30prozentige Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zur Folge gehabt hat.

Briand hat angekündigt, daß er es dem Senat überlassen werde, die von der Kammer abgelehnten Steuermaßnahmen wieder aufzunehmen. Bei der Rückkehr dieser Steuerforderungen an die Kammer werde die Regierung die Vertrauensfrage stellen. Genosse Renaudel erwiderte sofort, daß sich die Kammer des allgemeinen und gleichen Stimmrechts niemals dem Versuch gefallen lassen werde, gegen den aus Massenwahlen hervorgegangenen Senat ausgepielt zu werden. Tatsächlich ist für den Augenblick nur eine Art von Waffenstillstand eingetreten. In spätestens zwei Wochen wird der Konflikt zwischen Kammer und Senat wieder entbrennen, und dann dürfte die Entscheidung kaum zweifelhaft sein. Briand ist ein Opfer seiner eigenen Taktik geworden: er wollte es lieber mit der Rechten noch mit der Linken verderben. Der Erfolg war, daß er sich in beiden Lagern Feinde geschaffen hat.

Die Organisation der Fememörder.

Unterstützung durch Unternehmervelder. — Der Ausbruchversuch.

In der Vormittagsitzung des Gemeindefusses setzte Oberjustizrat Würz seine Ausführungen über das Darlehen der Arbeitgeber an dem Fememörder Schulz fort:

Zurückgekehrt wurde das Darlehen erst, nachdem die ganze Angelegenheit bereits durch die Presse bekanntgemacht war. Nach Gewährung des Darlehens trat der Abg. Meier, der Geschäftsführer des ganzen Zentralverbandes der Landarbeiter, an Ralette heran mit der Bitte, ihm das Darlehen zu übergeben, da es eigentlich Herrn Meier gewährt worden sei. Ralette lehnte das ab. Einem Ausschuss für nationale Aufklärung, dessen Leiter wiederum Herr Meier war, ist dann auch ein Darlehen von 5000 M. vom Arbeitgeberverband gewährt worden. Von diesem Darlehen hat Herr Meier im Oktober 1925 2000 M. abgehoben. Was damit geschehen ist, bedarf noch der Nachprüfung. Auch im übrigen ist bisher noch nicht hinreichend genau festgestellt, wie die restlichen 3000 M. des Kredites verwandt worden sind. In den durch Sachverständige nachgeprüften Büchern hat sich lediglich ergeben, daß seitens des Ausschusses für nationale Aufklärung im August 200 M. an Schulz überwiesen worden sind. Beim Amtsgericht in Landsberg sind in der Zeit vom 2. Mai bis 8. Dezember insgesamt 1320 M. für Schulz eingezahlt worden.

Das Mordkonto Schulz.

Berichterstatter Kuttner (Soz.): Ist etwas darüber festgestellt, ob diese Wirtschaftsteilung des Herrn Meier 5000 M. zur Deckung der Wochensumme verwendet hat?

Oberjustizrat Würz: Das ist durch Quittung belegt. Der zweite Kredit von 5000 M. ist von der Dachorganisation der Landarbeiterverbände eröffnet worden. Das Darlehen an den Landarbeiterverband ist später vom Arbeitgeberverband ausbezahlt worden, anläßlich einer Zwischenbilanz, die wegen Unregelmäßigkeiten notwendig war.

Auf Fragen erklärt Oberjustizrat Würz weiter: Der Oberleutnant Schulz ist 1. an der Ermordung des Zeisfreiwilligen Grechte beteiligt, 2. an der des Zeisfreiwilligen Braun, 3. des Leutnants a. D. Richard Janke, 4. des Feldwebels Gedick, 5. an der Ermordung eines dem Namen nach bis jetzt noch Unbekannten, 6. an der Ermordung des Leutnants a. D. Samt, 7. an der Ermordung des Feldwebels Wilms und 8. an der Ermordung des Leutnants. Alle diese Morde haben sich um die Mitte des Jahres 1923 ereignet. Die Fälle zu 1 bis 5 betreffen Straftaten in der Umgebung von Rützin, die zu 6 bis 8 solche in der Umgebung von Spandau und Döberitz. In den Fällen zu 1 und 6 bis 8 besteht auf Grund des dringenden Tatverdachts Haftbefehl gegen Schulz. In den Fällen zu 2 bis 5 beabsichtigt die Staatsanwaltschaft den Erlass von Haftbefehlen zu beantragen. Gegen Rafael ist wegen Beihilfe zur Ermordung des Zeisfreiwilligen Grechte (Fall 1) gleichfalls Anklage erhoben und Haftbefehl erlassen.

Abg. Dr. Deersberg (Dnat.): Herr Oberjustizrat, ist bei irgendeiner der von Ihnen genannten Unterjungen der Verdacht aufgetaucht, daß deutschnationalen Abgeordnete sich der Begünstigung, Beihilfe usw. schuldig gemacht haben?

Oberjustizrat Würz: Das ist eine sehr allgemein gehaltene Frage. (Sehr richtig links.) Ich kenne die einzelnen Verfahren nicht genau genug, um bei den acht umfangreichen Verfahren diese Frage beantworten zu können in einer Art, der ich folgen könnte, daß sie begründet wäre. Ich kann jetzt nur sagen, mir ist bisher darüber nichts bekannt. Ob irgendein Verdacht in dieser Richtung aufgetaucht ist, kann ich natürlich nicht sagen.

Abg. Eichhoff (D. Sp.): Von wem sind die Gelder für Verbesserung der Verpflegung usw. für die inhaftierten Fememörder eingezahlt?

Oberjustizrat Würz: Das ist dann aus einer Aufstellung auf, wie immer abwechselnd vom Rechtsanwalt Sack und einem Herrn v. Oppen jeweils etwa 200 M. für diese Zwecke bei Gericht eingezahlt seien. Die Quelle dieser Gelder ist noch nicht bekannt, weil die Ermittlungen noch nicht so weit vorgeschritten sind.

Abg. Kuttner (Soz.): Dem Herrn R.-K. Sack werden wir wohl noch persönlich zu hören haben. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß ein Rechtsanwalt aus eigenen Mitteln solche Summen zahlt. Es folgt die Zeugenvernehmung des

Affessors Dr. Schmidt

vom Polizeipräsidium. Die Frage der Vereidigung des Zeugen wird nach seiner Vernehmung entschieden werden. Auf Befragen durch den Vorsitzenden gibt der Zeuge über das Darlehen von 5000 M. durch die Vereinigung der Arbeitgeberverbände dieselbe Darstellung, wie sie schon der Vertreter des Innenministeriums dem Ausschuss mitgeteilt hat. Er erwähnt nur noch ergänzend, daß der tschechische Polizei bei Bearbeitung dieser Angelegenheit nicht nur die Presse mitgeteilt worden sei, sondern daß sie auch Schulz und Klapproth kannte. Diese beiden waren 1924 im Zentralverband der Landarbeiter tätig. Ueber ihre Tätigkeit gibt ein Rundschreiben des Zentralverbandes vom 19. Dezember 1925 einigen Aufschluß. Darin heißt es, daß zur Gründung von Landgenossenschaften geeignete Personen gesucht worden seien. Von den diesen Bewerbern ist Schulz,

ein Bauernsohn mit größerem sozialem Verständnis, am besten empfohlen

gemeint. Er habe sich auch als erfolgreicher Organisator gezeigt und wurde zunächst probeweise eingestellt. Schon in kurzer Zeit gründete er über 20 Genossenschaften, die bald einen blühenden Stand aufwiesen. Regierungsausschuss Schmidt befragte dann den bereits bekannten Verlauf der Darlehensvermittlung und der polizeilichen Untersuchung. Ein Zeuge habe dabei anfänglich zugegeben, daß das Darlehen auch zum Zwecke der Verweigerung für Schulz usw. verwendet werden sollte, diese Aussage aber später so eingeklinkert, daß ein klares Bild sich in dieser Beziehung nicht ergab.

Regierungsausschuss Schmidt hebt dann noch hervor, daß aus einer Befragung des Zeugen Dr. Lanzler und anderer Zeugen hervorgehe, daß das Darlehen zum Zwecke der Unterdrückung des Schulz verwendet wurde. Herr v. Borzig von der Arbeitgebervereinigung habe Mitteilung von der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen Unregelmäßigkeiten und Eigenmächtigkeiten des Herrn v. Oppen gemacht.

Im Anschluß daran stellte Berichterstatter Abg. Kuttner folgende Frage:

„Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß der Herr v. Oppen, der die Gelder an Schulz ins Gefängnis geschickt hat, derselbe Herr v. Oppen ist, der hier als Vorstandsmittglied des Ausschusses für nationale Aufklärung genannt worden ist. Es ist anzunehmen, daß der Abg. Meyer Herrn v. Oppen mit der Absendung des Geldes beauftragt hat, daß also die von Oppen ins Gefängnis geschickten Gelder aus den 5000 M. stammen, die Meyer von der Vermögensabteilung abgehoben hat, die sie ihrerseits von dem Arbeitgeberverband erhalten hat.“

Der Fluchtversuch in Landsberg.

Nach der Mittagspause folgt die Zeugenvernehmung des

Oberstaatsanwalts Rohlfad-Landsberg a. d. W.

der Auskunft über den Fluchtversuch der Fememörder aus dem Gefängnis in Landsberg im Dezember 1925 geben soll. Der Zeuge erklärt zunächst, daß wegen dieses Fluchtversuches bereits ein Urteil des Schöffengerichts ergangen sei, gegen das

aber sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch die Angeklagten Berufung eingelegt hätten. Er verweist dann noch darauf, daß entgegen Pressenachrichten der ältere Klapproth gar nicht im Landsberger Gefängnis gewesen, sondern gleich nach Berlin übergeführt worden sei. In Landsberg sahen eine ganze Reihe von Personen, die mit dem Fememörder in Verbindung gebracht werden, unter ihnen namentlich Schulz und Rafael.

Diese beiden suchten durch Raffiber miteinander in Verbindung zu treten.

Sie teilten sich darin mit, was sie ausgesagt haben und berieten auch Fluchtversuche. Alle Raffiber sind aber in die Hände des Untersuchungsrichters gekommen. Dann war eine Weile Ruhe. Später arbeitete Rafael sogar einen Schlüssel für Raffiber aus, der aber gleichfalls in die Hände des Richters kam. Rafael erhielt dafür eine Disziplinarstrafe. Der Fluchtversuch war in seiner Vorbereitung nur möglich, durch die außerordentlich große Sorglosigkeit eines vorübergehend beschäftigten Hilfswachmeisters, auf dessen Schwäche auch der ganze Fluchtversuch basierte. Dieser Mann, namens Barisch, war vorher Gärtner in einer Irrenanstalt und mußte trotz seines Alters von mehr als 50 Jahren vorübergehend vom Landsberger Gefängnis eingestellt werden, weil Rot am Mann und die Auswahl außerordentlich gering war. Der Tatbestand des Fluchtversuches vom Dezember ist etwa folgender: Rafael nahm an, daß die Hauptverhandlung wegen seines Fememörderfalles Ende Januar 1926 stattfinden würde und wollte sich seiner Aburteilung durch die Flucht entziehen. Er suchte sich deswegen mit mehreren Strafgefangenen in Verbindung zu setzen, die bald zur Entlassung kommen sollten und durch die er Hilfe von außen herbeiführen wollte. Dies wurde ihm sehr erschwert dadurch, daß von den wegen der Fememörder Inhaftierten nur immer einer zu einer bestimmten Tageszeit seinen Spaziergang im Gefängnis machen durfte und dieser eine außerordentlich stark beobachtet wurde. Rafael konnte daher auch in einigen Wochen nur wenige Worte mit den Strafgefangenen Neubauer und Schönide wegen des Fluchtplanes wechseln. Schönide war ein Hilfskassierer und sollte demnach mit anderen einen Auftrag in der Stadt erledigen.

Rafael versprach Neubauer und Schönide 3000 M.

für seine und der anderen Fememörder-Beschuldigten Befreiung und sagte außerdem noch zu, daß jeder der Befreiten aus seinem Privatvermögen noch etwas zahlen würde. Er steckte Schönide einen Raffiber zu, der an den Oberleutnant a. D. ... und den Leutnant Fürstenberg in Schwedt gerichtet war und auf dem stand: „Mann kommt in unserem Auftrag; alles zur Verfügung stellen Rafael“. Man wollte nichts aufpassen, bis der Raffiber verschwunden wäre. Dann sollte die Mauer überstiegen werden, die Türen sollten mit dem Schlüssel geöffnet werden. Nach Möglichkeit sollten auch die anderen, wegen Fememörder in Untersuchung sitzenden Gefangenen befreit werden. Dieser Plan scheiterte aber daran, daß Schönide in der nächsten Zeit nicht zu Befragungen in der Stadt genommen wurde. Ein anderer Mann wurde nun darauf ergründet, daß der Wachtmeister Barisch kein zuverlässiger Beamter war. Schönide wollte Barisch einen Vorstoß geben, ihm die Schlüssel zu reichen und dann die anderen Gefangenen befreien. Einbezogen in den Plan wurde auch ein polnischer Strafgefangener Michalow. Am 18. Dezember sollte der Plan zur Ausführung kommen und zwar in der ein Stockwerk höher gelegenen Schusterzelle, wofür man Barisch locken wollte. Michalow sollte aber schließlich der Wirt, Barisch doch unnützlich zu machen. Auf weiteres Zureden und Drohungen Schönides erklärte sich Michalow dann doch bereit, den Heberfall mitzumachen. Am 14. wurde der Fluchtversuch nun tatsächlich ins Werk gesetzt. Barisch nahm, gegen die Vorschriften, seinen scharfen, auf den Mann dressierten Hund auf seinem Revolvergang nicht mit, sondern schloß ihn ein. Schönide und Michalow lockten Barisch abends in die Schusterzelle, angeblich zum Anprobieren von Schuhen. Schönide kniete vor Barisch und haß ihm beim Zuschüüren. Da sich Michalow den Schusterhemel, auf dem Barisch saß, plötzlich unter ihm weg, so daß Barisch zu Boden stürzte. Die beiden Gefangenen warfen sich nun auf Barisch; Michalow drückte ihm mit beiden Händen die Kehle zu, der andere suchte ihm das Schlüsselbund zu entreißen. Barisch rief noch zwei Hülfserufe aus. Ein Friseur Franke, dessen Zelle Barisch — auch gegen die Bestimmung — offen gelassen hatte, hörte die Hilferufe, lief hinaus und setzte den Signalhebel „Rettung“ in Bewegung. Auf diese Weise wurde die Durchführung der Tat dann verhindert. Die Täter wurden vor Gericht gestellt. Schönide erhielt anderthalb Jahre Zuchthaus, Michalow ein Jahr Zuchthaus. Rafael hat das Gericht nur verurteilt wegen Anstiftung zur Gefangenenerleichterung und nicht zu schwerer Meuterei, und zwar zu anderthalb Jahren Gefängnis. Denn Rafael wollte etwas ganz anderes: er wollte mit Schönide nur den Ausbruch versuchen. Es ist nicht erwiesen, daß er von der Hinzusicherung der anderen Gefangenen etwas wußte. Die Raffiber will Schönide vernichtet haben. Schönide hat nachher erklärt, von einer „Organisation“ habe er nur gesprochen als Druckmittel, in Wahrheit habe gar keine Organisation hinter ihm gestanden. In Wirklichkeit hat Rafael aber eine Organisation gehabt. Wahrscheinlich hat er seine alte Organisation,

das Fredericus-Reg-Korps, Abteilung A. (Küstrin)

gemeint. Aber darüber ist nichts Genaueres festgestellt. Die Persönlichkeiten, an die die Raffiber gerichtet waren, sind der Staatsanwaltschaft bekannt. Gegen Eisenberg schwebt ein Untersuchungsverfahren. Weitere Einzelheiten darüber lehnt der Oberstaatsanwalt ab, weil sie den Zweck des Ermittlungsverfahrens gefährden könnten. (1) Auf die Frage des deutschnationalen Abgeordneten Deersberg, ob der Oberstaatsanwalt sich stellen konnte, daß Schulz irgendwelche Verusche gemacht hat, von a. u. h. her die Befreiung herbeizuführen und daß er dafür Geldmittel bekommen hat, antwortet der Oberstaatsanwalt mit Nein. Auf die Frage, welche Geldbeträge in die Gefängnisliste für Schulz eingezahlt sind, erklärt der Oberstaatsanwalt Rohlfad:

Es sind Beträge von 1600 M. eingegangen, und zwar zu einem kleinen Teil von seinem Verteidiger und zum größeren Teil von Herrn v. Oppen.

Als Genosse Kuttner fragt, ob die Untersuchungsgefangenen unbegrenzte Verfügung über die für sie eingezahlten Gelder haben oder ob sie nur Teile davon vertrauen dürfen, erweist sich der Staatsanwalt auch über dieses für die Beurteilung des Fluchtversuches außerordentlich wichtige Moment als ununterrichtet. Die Vernehmung schließt mit kurzen Ausführungen des

Kriminalkommissars Stumm vom Polizeipräsidium,

der im wesentlichen die Ausführungen des Affessors Schmidt unterstreicht, die Tatsache noch einmal feststellt, daß ein Darlehen der Arbeitgebervereinigung tatsächlich für Schulz verwendet worden ist, ohne daß man jedoch wisse, ob dieses Geld dem Fluchtversuch dienen hat. Darüber schweben noch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Polizei. Auf eine Frage des Abg. Nibel über die Beziehungen des Fememörders Schulz zum Zentralverband der Landarbeiter erklärt er, daß ein abfallendes Urteil ohne Vernehmung der Hauptbeteiligten nicht möglich sei; gewisse Anzeichen sprechen aber dafür, daß Schulz schon 1923 dem Zentralverband nicht unbekannt war. Auf eine weitere Anfrage des Abg. Nibel erklärt Stumm, es sei ihm bekannt, daß zu den Vorläufern der vaterländischen Verbände auch Vertreter der Arbeitgebervereinigung eingeladen wurden, so die Herren v. Jengen und v. d. Linde. Vaterländische Verbände stellten auch oft Leute zu den sogenannten Arbeiterkommandos des Oberleutnants Schulz. Dadurch sind schon die Möglichkeiten einer Betanntschaft gegeben.

Gewerkschaftsbewegung

Vor einem Kampf in der Schwerindustrie.

Um Lohn und Urlaub.

Essen, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe angeführte Lohnherabsetzung und Aenderung der Urlaubsbestimmungen hat in Metallarbeiterkreisen große Erregung hervorgerufen. In zahlreichen Flugblättern und Veröffentlichungen in der Arbeiterpresse wird gegen die Lohnherabsetzung, die von den Gewerkschaften als vollkommen unberechtigt bezeichnet wird, entschieden protestiert. Neue Lohnverhandlungen finden am Donnerstag statt. Die Gewerkschaften erklären, daß sie sich jeder Lohnherabsetzung mit allen Mitteln widersetzen werden.

Wie ist die Steuer des Kurzarbeiters zu berechnen

In letzter Zeit ist wiederholt Beschwerde darüber geführt worden, daß der Lohnsteuerabzug der Kurzarbeiter nicht richtig gehandhabt wird. Viele Arbeitgeber rechnen den Kurzarbeitern nicht die vollen Wochenentlohnungen an, sondern berücksichtigen nur die Ermäßigungen, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen. Arbeitet also z. B. ein Arbeiter nur Montags, Mittwochs und Freitags, so werden ihm auch nur die Ermäßigungen für drei Tage gut gebracht. Auch manche Finanzämter teilen diesen Standpunkt.

Eine solche Berechnung ist, wie der Reichsfinanzminister in einem Erlass erneut feststellt, falsch. Auch im Fall der Kurzarbeit sind vielmehr ohne Rücksicht darauf, wieviel Tage der Arbeiter tatsächlich beschäftigt ist, die vollen Wochenentlohnungen steuerfrei zu lassen. Das gilt sowohl vom wöchentlichen steuerfreien Lohnbetrag von 24 M., wie von den Familienermäßigungen, die für die Ehefrau 2,40 M., für das erste Kind 2,40 M., für das zweite Kind 4,80 M. usw. wöchentlich betragen. Auf diese Weise werden die meisten Kurzarbeiter tatsächlich steuerfrei, während sie bei den falschen Berechnungen durchweg Steuern zu zahlen haben. In diesem Falle haben sie einen Anspruch auf Erstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer und können einen dahingehenden Antrag an das Finanzamt stellen.

Da die Arbeitgeber den Arbeitern die für einen solchen Erstattungsantrag nötigen Bescheinigungen ausstellen müssen, so haben sie selbst ein Interesse daran, die Zahl der Erstattungsanträge nicht durch falsche Steuerberechnung bei Kurzarbeitern zu vermehren. — Dieselben Bestimmungen wie für Kurzarbeiter gelten auch dann, wenn ein Arbeiter durch Krankheit oder sonst ohne sein Verschulden an einigen Tagen der Woche keinen Lohn bezogen hat und bei demselben Arbeitgeber beschäftigt blieb.

183 Mill'onen für Korruption und „Sonstiges“.

Über keine 12 Millionen für die Eisenbahner.

Uns wird geschrieben: Die Reichsbahn-Gesellschaft sieht für das Jahr 1926 wieder 22 Millionen Mark für „besondere Leistungen“ zur Ausschüttung vor. Herr Dejer verteidigt diesen vom Personal herausgeschundenen Fonds damit, daß diese Summe etwa 2 Proz. über eine Milliarde betragenden Beamtenbesoldung ausmache. Demnach müßten 1100 000 000 Mark an Beamtengehältern im Jahre 1925 gezahlt worden sein. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft sagt etwas anderes. In der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. Juni 1925 sind 762 578 000 Mark für Beamtenbesoldung verausgabt. Rechnet man für das letzte Vierteljahr Juli-September 254 Millionen hinzu, so wären insgesamt 1 016 000 000 Millionen Mark gezahlt. Mitin ein mehr von 84 000 000 Mark zugunsten der Gesellschaft und — An Loch in der Beweisführung des Herrn Dejer. Dieses Loch erweitert sich, weil während des Dauerkonflikts Tausende abgebaut wurden.

Doch es kommt noch schöner. Der Geschäftsbericht gibt u. a. 161 611 000 Mark für „sonstige persönliche Ausgaben“ an. Wir fragen Herrn Dejer, für welchen Zweck diese ungeheure Summe Verwendung fand und wer an diesen Ausgaben persönliche Vorteile hatte. Ist dies vielleicht der umstrittene Posten der Verschwendungssucht, der sogenannten „Repräsentationspflichten“? Liegen in diesem Posten die ungeheuren Ausgaben der Millionen für den Bahnschug, der Personalbetriebsmittel usw.?

Die Reichsbahn-Gesellschaft befindet sich auf dem besten Wege der Desorganisation. Sie will ihre Politik machen. Darum weigert sie sich, den aus der Verbindlichkeitsklärung zu zahlenden Betrag von 12 Millionen Mark für Lohnherabsetzungen anzuerkennen. Handelt es sich doch um eine Lohnerhöhung von 1 und 2 Pf. pro Stunde für

rund 400 000 Lohnempfänger. Im übrigen sei nochmals festgestellt, daß die Reichsbahn-Gesellschaft ihr erstes Reparationsjahr mit einem Ueberschuß von 291 323 520 Mark abgeschlossen hat. Die Verwaltung kann, aber sie will nicht zahlen, wie übrigens Herr Stiebler selbst erklärt hat.

Herr Dejer bezieht ein Jahreseinkommen von 100 000 Mark. Seine sechs Direktionskollegen je 60 000 Mark, insgesamt 360 000 Mark. Jedes Verwaltungsratsmitglied erhält für die schwere Arbeit, an einigen Sitzungen teilzunehmen, jährlich 24 000 Mark. Um das Jahreseinkommen eines Direktors zu erreichen, müssen 37 Arbeiter täglich neun und zehn Stunden mit leerem Magen und bei nichtsmünder Behandlung schuften. Das sind ihre „Repräsentationspflichten“. Und sie bekommen von den 161 Millionen für „sonstige persönliche Ausgaben“ nichts zu sehen, was man von den Direktoren und Mitgliedern des Verwaltungsrats nicht behaupten kann. Es sind dieselben Leute einschließlich einer Reihe von Eisenbahnräten, Amtsvorständen usw., die den Arbeiter gegen die internationalen Kapitalisten aufpöhlen, aber schließlich ihre Taschen füllen.

Was wollen die Herren um Karl v. Siemens, Rüdner und Genossen überhaupt? Sie wollen den offenen Konflikt! Erst fordert man die Eisenbahner heraus, dann tanzt man dem Reichsarbeitsminister auf der Nase herum, weil er die Verbindlichkeit ausspricht. Nebenbei steuern sie mit vollem Segel auf die Befestigung des Artikels 165 der Reichsverfassung, um die Eisenbahner und ihre Organisationen von der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen künftig auszuschalten. Ein gefährliches Unternehmen für den Steuermann; sein Schiff kann bei dieser Sturmflut zerbrechen.

Wo ist die Instanz, die diesen Mussolinis die Gitzähne ausbricht? Den Eisenbahnern rufen wir in letzter Stunde zu, schließt euch restlos in eurer Organisation zusammen, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, damit ihr euch der bevorstehenden Aufgabe gewachsen zeigt.

Vom Kartellverband der deutschen Bühnengehörigen.

Der Kartellverband der deutschen Bühnengehörigen (Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, Deutschösterreichischer Bühnenverein, Verband der Bühnenkünstler in der Schweiz, Bund der Angestellten der deutschen Theater in der Tschechoslowakischen Republik, Deutscher Chorführer- und Ballettverband) hielt am 15. und 16. Februar Sitzungen ab. Der Bericht des Präsidenten der österreichischen Schauspielervereinigung über die von der Wiener Staats-Theaterverwaltung einseitig vorgenommenen Kürzungen verträglich festgelegter Urlaube hat um so lebhafteres Erstaunen hervorgerufen, als festgestellt werden mußte, daß an einem Theater dieses Ranges ähnliche Vorgänge noch nicht beobachtet werden konnten. Die führende Stellung in künstlerischer und sozialer Beziehung, die das Burgtheater durch Jahrzehnte einnimmt und auch durch die schroffen Wandlungen der letzten Jahre bewahrt hat, ist dem engen Zusammenwirken von Leitung und Mitgliedern zu verdanken gewesen, wobei besonders zu bemerken ist, daß die Mitglieder des Burgtheaters in materieller Beziehung weitgehende Opfer gebracht haben und ihre ganze Kraft in vorbildlicher Weise dem eigenen Institut völlig zur Verfügung gestellt haben. Der Kartellverband begrüßt die energische Abwehr der österreichischen Schauspielervereinigung und die solidarische Haltung der Mitglieder des Burgtheaters in einer Aktion, die im Interesse der Erhaltung des künstlerischen und kulturellen Niveau eines führenden Kunstinstitutes liegt. Der Kartellverband wird mit allen deutschen Schauspielern den Kampf zur Verteidigung ihrer sozialen und künstlerischen Rechte zu führen wissen.

Im übrigen wurden von den Vertretern der einzelnen Organisationen die Verhältnisse der Theater in den verschiedenen Ländern besprochen und zu den aktuellen Ereignissen, wie z. B. zur Abbaufrage und zum Rundfunkproblem, Stellung genommen.

Der Kartellverband hat seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß ohne Zustimmung und ohne den ausdrücklich bezeugten Willen eines Bühnenmitgliedes dessen künstlerische Leistung im Rahmen einer Theater- oder Konzertaufführung durch Rundfunk nicht weitergegeben werden darf.

Das Tarifwerk betreffend wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Kartellverband hat durch Beschwerde der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen und des Chorführer- und Ballettverbandes Kenntnis erhalten, daß der Deutsche Bühnenverein (die Organisation der Theaterunternehmer) vielfach die abgeschlossenen und für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge nicht einhält und die durch das Tarifwerk bedingte gemeinsame Arbeit erschwert. Der Kartellverband erwartet von der Arbeitgeber-Organisation, daß in Zukunft diese Haltung aufgegeben wird, weil er sonst in die Zwangslage veretzt würde, den kartellierten Organisationen gewerkschaftliche Hilfe zu leisten.“

Die Differenzen im Wiener Burgtheater.

Wien, 16. Februar. (Zl.) Die Verhandlungen zwischen dem Bühnenverein und der Burgtheaterverwaltung, die gestern wieder aufgenommen wurden, haben zu keiner Einigung geführt und wurden schließlich ergebnislos abgebrochen. Für Sonnabend ist eine Vollversammlung der Mitglieder des Burgtheaters einberufen worden, um über die eventuelle Anwendung gewerkschaftlicher Mittel Beschluß zu fassen. Es ist zunächst beabsichtigt, mit passiven Resistenz zu beginnen.

Eine Mahnung der arbeitslosen Zimmerer.

In einer gutbesuchten Versammlung, in der der Stadtverordnete Roth (SPD.) referierte, wurde von den arbeitslosen Zimmerern folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 11. Februar 1926 tagende Arbeitsloserversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer richtet an die in Accord arbeitenden Kameraden den Appell, die Akffordarbeit und die damit verbundene Schinderei, durch die viele Zimmerer aus dem Produktionsprozess und damit aus dem Brot für sich und ihre Angehörigen gestochen werden, einzustellen. Desgleichen fordern die arbeitslosen Kameraden von den in Arbeit stehenden, sich strikte an die 46½-Stunden-Arbeitszeit zu halten.“

Von den Vertrauensleuten, die auf jeder Arbeitsstelle vorhanden sein müssen, erwarten die arbeitslosen Zimmerer, daß sie alles daran setzen, um statt der zugereisten Berliner Kameraden in Arbeit zu bringen.“

Wachsende Arbeitslosigkeit im Westen.

Köln, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitsmarkt im Kölner Bezirk hat sich in der letzten Woche wieder verschlechtert. Eine große Schuhfabrik hat ihren sämtlichen Angestellten und Arbeitern gekündigt. Betriebe der Metallindustrie haben weitere Massenentlassungen vorgenommen. Die Zahl der Erwerbslosen im Kölner Stadtgebiet beträgt gegenwärtig rund 45 000. Unterstützt werden davon rund 27 000 mit über 30 000 Familienangehörigen.

Auch in der Industrie am Mittelrhein wird die Lage dauernd kritischer. Das Rasselsteiner Werk bei Neuwied wird nicht stillgelegt, da sich die Arbeiter mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lohnherabsetzung von 10 Proz. stillschweigend einverstanden erklärt haben. Von den 20 Wolgenstraßen befinden sich jetzt wieder 9 im Betrieb.

Abbau im Saarbergbau.

Saarbrücken, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die unerbittliche Kritik des französischen Abg. Gen. Uhrn und der deutschen Parteien im Saargebiet an der Mißwirtschaft bei den französischen Saargruben hat diese nunmehr veranlaßt, ihren ausgeblasenen wirtschaftlichen Apparat etwas abzubauen. Vorläufig ist noch nicht zu übersehen, inwieweit sich dieser Abbau auch auf die vollkommen widerwilligen und überflüssigen Ausgaben der französischen Grubendirektion für politische Zwecke erstreckt. Bekannt ist nur, daß man den Abbau der französischen Schulen plant und daß etwa 75 untere und mittlere und 3 höhere Beamte zum 1. April entlassen werden sollen. Gutem Vernehmen nach versucht allerdings die französische Bergwerksdirektion zunächst die deutschen Beamten als Leidtragende hüten zu lassen: Unter den 75 unteren und mittleren Beamten befinden sich 60 deutsche Beamte.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin.

Sie für Donnerstag abend 7 Uhr in den Andreas-Kellern angelegte Versammlung ist keine öffentliche, sondern nur für organisierte Mitglieder des Einheitsverbandes der Arbeiter der Eisenbahnen. Infolge eines Brandstifters ist das Wort „öffentliche“ linienweise gestrichelt worden. Wir bitten die Gewerkschaften und sämtliche Betriebskommissionen, alle Kollegen demgemäß zu informieren.

Sekretär, Kapazität- und Parteiverbands, Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Großen Saal des Vereinshauses, Alexanderstr. 44, Betriebsratversammlung. Vertreten und Stellungnahme zu den Betriebsratwahlen.

SPD.-Metallarbeiter, 15. Bezirk Berlin nachmittag 4½ Uhr im Volkshaus, Reinholdstr.-Weg, Schornsteinstr. 115, wichtige Versammlung über Parteigrößen. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Krüger; Wirtschaft: Helmut Salernus; Gemeindefachbereich: J. Strüver; Anzeigen: Dr. John Schilowski; Soziale und Politische: Fritz Kahlert; Anzeigen: Dr. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Einbertstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

SONDERANGEBOT

Damen-Strümpfe

- PrimaBaumwolle m. Doppelsehle 95 Pf
- Prima Mako schwere Qualität, mit Doppelsehle und Kuchterna 1 45
- Prima Seldenflor mit dreifacher Sehle 1 75
- Prima Kunstseide mit Doppelsehle, Hochzier u. Naht 1 95

Garantiestrumpf Hertle* 2 50
in Schwarz und farbig. Fair
Wir leisten auf die Haltbarkeit dieser Qualität 3 Wochen schriftliche Garantie und ersetzen jeden Paar, das innerhalb dieser Zeit schadhafte Stellen aufweist.

- Herrn-Socken**
- Schweißsocken gut verelrt 68 Pf
- Einfarbige Socken mit Langstrahlen 75 Pf
- Jacquardsocken in schönen Mustern 1 45
- Herrn-Stutzen wallyastert, prima Qualität 1 95

SCHUHWAREN

- Kinder-Lack-Spangenschuhe 4 90**
bequeme breite Form, verstellbare Passform. Größe 22-26
- Kinder-Stiefel in schwarz R'-Chevreau und in Schwarz R'-Box 3 90**
gute Verarbeitung. Größe 30-34 11,50, 31-35 7,50, 37-39 6,90, 41-43
- Damen-Spangenschuhe 10 50**
verstellb. Lederverb. u. Ausführung, vorzögl. Fabrikat, unsterilisierte Größen
- Damen-Spangenschuhe 12 50**
in Lack und R'-Chevreau, moderne Formen
- Damen-Spangenschuhe 16 50**
elegante Ausführung, in verschiedenen Lederarten
- Herrn-Halbschuhe 16 30 12 50 10 50**
moderne schöne Formen, in Schwarz, vorzögl. Ausführung

Trikotagen

- Damen-Hemdchen bel., wa., feingew. 55 Pf**
ca. 70 cm lang
- Damen-Schlüpfer Baumwoll, farbig 1 45**
- Damen-Schlüpfer Kunstseide, extra schwarz gute Qual. 3 90**
- Einsatzhemden für Herren, gebleicht, m. gestreuten Einsätzen 1 95**
- Herrn-Hosen makofarbig, in allen Größen 2 45**
- Herrn-Hosen wollgemischt, gute Qualität, in allen Größen 2 95**

Handschuhe

- Damen-Trikot mit moderner Aufsicht, 2 Druckknöpfe 95 Pf**
- Damen-Flor rund gewebt, schwarz und farbig 1 65**
- Damen-Schwed. imitiert, mit kleiner mod. Manschette 1 95**
- Damen-Glacé Ziegenleder, 2 Druckknöpfe 3 90**
- Damen-Nappa Koaegypt, 2 Druckknöpfe 3 90**
- Damen-Waschleder mit 2 Knöpfen 4 90**
- Herrn-Wildleder imit., farbig und gelb, 1 Druckkn. 3 90**
- Herrn-Nappa Koaegypt, 1 Druckknopf 5 90**

Fortsetzung des Verkaufs

Porzellan, Glas, Wirtschaftsartikel

HERMANN TIETZ

Wilhelm II. gegen Berlin.

Ein Abfindungsprotest in der Stadtverordnetenversammlung.

Gestern konnte die Berliner Stadtverordnetenversammlung endlich den schon vor zwei Monaten eingereichten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beraten, der zum Protest gegen die Hohenzollernabfindung aufruft. Inzwischen waren noch einige zu derselben Sache von den Kommunisten eingereichte Anträge dazugekommen, über die nun mitberhandelt wurde. Die rechtsstehenden Parteien fürchteten die Debatte und erklärten daher, daß sie an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen würden, weil die Angelegenheit — keine kommunale sei. Das war ein bequemer Vorwand, den Saal zu verlassen, um unangenehme Wahrheiten nicht mitanzuhören zu müssen. Genosse Krille kennzeichnete in der Begründung unseres Antrages die Unerschämtheit der Forderungen, die der danongelaufene Wilhelm II. und seine kronenlos gewordenen Kollegen aufgestellt haben. Auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung habe allen Grund, gegen die Hohenzollernabfindung zu protestieren, die der Stadt Berlin und ihrer Bevölkerung besonderen Schaden bringt. Der Kommunist Leh verurteilte die Begründung der Anträge seiner Partei mit Angriffen gegen die Sozialdemokratie, wohl um „die Einheitsfront zu stärken“. Unser Genosse Wendt wies in seinem Schlusswort diese Angriffe zurück. Zur Abstimmung kam es gestern noch nicht.

Die gestrige außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten wurde vom Vorsteherstellvertreter Degner gegen 17 Uhr eröffnet. Nach den Beschlüssen des Vorkomitees sollen nur Anträge beraten werden. Einen bereits längere Zeit vorliegenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die

Anstellung von weiteren Baukontrolloren

aus den Kreisen der baugewerblichen Arbeitnehmer vom Magistrat verlangt, begründete Genosse Krause. Die Anstellung von Baukontrolloren ist eine alte Forderung der Bauarbeiter. Als feinerseit die frühere Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Anstellung von Baukontrolloren in einem Antrag verlangte, versprach der Magistrat, dieser Forderung alsbald nachzukommen, sowie eine nennenswerte Bauaktivität einsetze. Die bald darauf beginnende Bauperiode sah den Magistrat unzulänglich und es blieb bei den vorhandenen zwei Kontrolloren. Die außerordentlich gestiegenen Unfallsziffern sind nicht zuletzt auf die mangelnde Baukontrolle zurückzuführen; die Bauarbeiterkommission wandte sich des öfteren an den Oberbürgermeister als dem Oberhaupt der städtischen Baupolizei wegen Vermehrung der Baukontrolloren, bisher aber leider ohne Erfolg. Wir Sozialdemokraten wissen zwar ebenso gut wie die Bauarbeiter, daß die Bauunfälle durch die Kontrolloren nicht aus der Welt geschafft werden können, aber wir versprechen uns von einer vermehrten, schärferen Kontrolle einen wirksameren Schutz der baugewerblichen Arbeiter vor Unfällen als er bisher gewährleistet ist. Genosse Krause hat um Annahme des Antrages. Von den Kommunisten sprach Repshöfer, der einen Erweiterungsantrag dahingehend einbrachte, daß jeder Verwaltungsbezirk einen Baukontrollor anstellen habe. Für den Magistrat antwortete der Oberbürgermeister. Beide Anträge gingen an einen Ausschuss. — Die Deutschnationalen brachten einen Dringlichkeitsantrag ein, nach welchem die bereits beschlossenen Arbeiten für die städtischen Verwaltungen und Werke in Angriff genommen werden sollen. Die Versammlung stimmte dem Antrag ohne Debatte zu. In einem Antrage forderten die Kommunisten vom Magistrat Maßnahmen zur

Verhütung von Entlassungen der Junglehrer

zum April dieses Jahres. Stadtrat Benede betonte, daß zum genannten Termin Entlassungen kaum zu befürchten seien, da mit umfangreicheren Einschulungen gerechnet wird. Genosse Häbde: Die fortgesetzten angeordneten und ausgeführten Entlassungen von Junglehrern bringt dauernde Beunruhigung und trägt nicht zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit der Junglehrer bei.

Wir ersuchen den Magistrat, keine Klassenfrequenz-erhöhung vorzunehmen, damit die Junglehrer der Schule erhalten bleiben und schließlich auch einmal angestellt werden können. Mit der Erklärung des Stadtrates ist der Antrag erledigt. — Die Versammlung wandte sich nunmehr der Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zu, die sich mit der schweren Schädigung der Berliner Bürgerschaft durch die

Auslieferung vieler Millionen Goldmark und großer Ländereien an die Hohenzollern

befassen. Die Kommunisten verlangten eine starke Vermehrung der Abstimmungs- und Einzeichnungslokale. Die Deutschnationalen erklärten durch den Mund des Stadtverordneten Deitloff, daß sie sich an der Beratung nicht beteiligen würden. Sie verschieben denn auch in Begleitung der Volkspartei den Saal. Den sozialdemokratischen Antrag begründete der Genosse Krille: Die Stadtverordnetenversammlung hat alle Verantwortung, den Raubzug, den die deutschen Fürsten auf die Taschen besonders der Großstadtbewölkerung planen, zu vereiteln. Wenn wir heute sehen, wie die Hauptabrechnung der Fürsten aussieht, so wundert man sich, daß diesen Edelknechten, die für sich stets ein besonderes Maß von Moral und Anstand in Anspruch nahmen, nicht die Schamröte ins Gesicht steigt. Diese Leute scheuen sich nicht, trotz ihres Ausplünderungsplanes sich noch „Deutsche“ zu nennen. Was der ehemalige König von Preußen heute noch zu seinem Besitz zählt, läßt erkennen, daß von einem „Rohstand“ wirklich keine Rede sein kann. Wilhelm „der Türmer“ hat heute noch monatlich 50 000 Mark zu verzeichnen. Wenn das für die ganze Familie nicht reicht, so sollen nach unserer Meinung die Herren Fürstenjöhnen ruhig ihr angeblich erlerntes Handwerk ausüben, denn Arbeit schändet nicht. In dieser entsehligen Not des deutschen Volkes, in einer Zeit,

wo Gelehrte, Künstler, freie Geistesarbeiter und dazu Millionen erwerbsloser Handarbeiter buchstäblich hungern,

erheben die deutschen Fürsten ihre Bahnsinnsforderungen. Zu den Fürsten und Standesherrn kommen neuerdings auch noch die Mätressen der Herrschaften mit „Entschädigungs“ansprüchen. Das deutsche Volk kann wirklich froh sein, daß nicht alle Fürsten die Talente August des Starken hatten, sonst würde sich schließlich doch noch das Wort Gneisenaus bewahrheiten, daß das deutsche Volk noch einmal an seinen Fürsten zugrunde gehen würde. Man verjagt die Frage der Fürstenabfindung zu einer reinen Rechtsfrage zu machen, die die Justiz zu entscheiden hätte. Zur deutschen Justiz hat das Volk kein Vertrauen mehr.

Die Fürstenabfindung ist keine Rechtsfrage.

weil ein sich so unbillig auswirkendes Recht eben kein Recht sein kann. So wie einst Bismarck die Fürsten aus Hannover und Hessen abfind, indem er sie enteignete, so muß es das deutsche Volk heute mit seinen ehemaligen Landesherren machen. Das Volk soll selbst entscheiden, ob eine Abfindung, wie sie von den Fürsten verlangt wird, möglich sein soll. Auch von der Tribüne der Stadtverordnetenversammlung muß das Volk aufgerufen werden, sich gegen die Habgier der Fürsten zur Wehr zu setzen. Wir schließen uns dem letzten Abjah des kommunistischen Antrages an, in dem die Berliner Bevölkerung aufgefordert wird,

für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten zu stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter Leh begründete den kommunistischen Antrag in längeren Ausführungen. Der Volksparteiler Caspari betonte, daß die Haltung seiner Partei zur Fürstenabfindung aus ihrer Stellung im Reichstag bekannt sei. Er bestreite der Stadtverordnetenversammlung das Recht, über solche hochpolitischen Angelegenheiten zu verhandeln. Um das Ansehen der Versammlung nach außen zu wahren, beantrage er den Übergang zur Tagesordnung, die Rechtsparteien hatten vergessen, die zur Unterstützung dieses Antrages erforderliche Anzahl Stadtverordneter im Saale zu befragen; so fiel der Antrag unter den Tisch. Stadtv. Kunze (Disholz) kam mit einer seiner bekannten Reden zu Worte.

Im Auftrage des Magistrats gab Stadtrat Richter die Erklärung ab, daß der Magistrat den Antrag auf Zuweisung von 20 000 M. an die Parteien, die den Volksentscheid eingeleitet haben, für unzulässig ansieht. Dr. Duffo (Dem.) bedauerte, daß die Fürsten bei der Ausstellung ihrer Forderungen sich nicht mehr von ihrem Schamgefühl leiten ließen. Das fälle letzten Endes auf das deutsche Volk zurück. Die Stadtverordnetenversammlung ist durchaus berechtigt, bei der Fürstenabfindung mitzusprechen, weil Erholungsstätten der Berliner Bevölkerung verloren gehen können. Die Fürstenforderungen sind nicht nur vom Rechtsstandpunkt aus zu lösen. Der Redner gab der Hoffnung auf eine reichsgesetzliche Regelung Ausdruck. Den Antrag auf Gewährung der 20 000 M. lehnte der Redner für die Demokraten ab.

Nachdem noch Stadtverordneter Wiegmann (USP.) gesprochen, stellte Genosse Wendt im Schlusswort fest, daß selbst der deutschnationale Deitloff die Fürstenabfindung als eine politische Frage bezeichnet habe. Zu den Kommunisten gewandt betonte Genosse Wendt, daß die Sozialdemokraten überall da mitarbeiten werden, wo für das deutsche Volk etwas zu erreichen sei. Der Redner brachte dann noch eine Reihe besonders krasser Fälle von Fürstenforderungen vor und führt Ausprüche verstorbener Hohenzollern über ihre eigenen Familienangehörigen an. — Die Versammlung vertagte schließlich das Schlusswort, das den Kommunisten zusteht und die Abstimmung über die Anträge auf Donnerstag.

Der neue Rollendorfsplatz.

Ein Beschluß der Verkehrsdeputation.

Die Frage der zukünftigen Umgestaltung des Rollendorfsplatzes ist Gegenstand eingehender Erörterungen der Verkehrsdeputation gewesen. Vorher hatte sich bereits ein von der Verkehrsdeputation zugezogener Sachverständigenbeirat ebenfalls mit der Frage befaßt, dem unter anderem Geheimrat Kommann, Professor Giese, Professor Lassen, Baurat Bousset der Hochbahn, Baurat Winterstein und Vertreter der Straßenbahn angehörten.

Die außerordentliche Schwierigkeit der für die Abwicklung des Verkehrs günstigsten Umgestaltung des Platzes liegt vor allem darin, daß für die Autos, Autobusse und für die Straßenbahnen nur auf der östlichen Seite eine Durchfahrt vorhanden ist, während auf der westlichen Seite infolge der vorhandenen Rampen der Hochbahn eine Nord-Süd-Durchfahrt bis jetzt fehlt. Außerdem münden 6 (sechs) Straßenzüge auf den Platz, deren Verkehr ständig zunimmt. Es lagen im wesentlichen drei Entwürfe vor: Der eine sieht einen vollkommenen Rundverkehr auf dem Rollendorfsplatz sowohl für die Straßenbahn als auch für die Autos vor. Die Innenfläche des Platzes wird zur bequemeren Abwicklung des Fußgängerverkehrs freigehalten, so daß auch der künftige dreistöckige Hoch- und Untergrundbahnhof von allen Seiten gut erreicht werden kann. Voraussetzung dieses Planes, der von allen Sachverständigen als der günstigste bezeichnet wurde, ist jedoch die Verriegelung des Durchgangsverkehrs von der Eisenacher Straße nach der Courbièrestraße, da die Rampe der Hochbahn über diese Straßengabelung hinweg nach Westen verschoben werden muß. Ein anderer Plan, bei dem diese weitgehende Verschiebung der Rampe nicht erforderlich wird, und bei dem die Nord-Süd-Überquerung des Rollendorfsplatzes auf der Westseite wesentlich ungünstiger liegt, wurde abgelehnt. Ebenso ein Abänderungsantrag, der den vollständigen Umbau des Hochbahnhofes Rollendorfsplatz notwendig machte. Auch ein Plan, bei dem die Verkehrsregelung lediglich an der Ostseite durch eine Reihe von Inseln vorgehen würde, wurde den Verkehr noch weniger überblicklich gehalten. Die Verkehrsdeputation beschloß in ihrer Sitzung am 16. Februar 1926, dem erstgenannten Vorschlag zuzustimmen.

Einschulung in die weltliche Schule in Welkenesee. Die Anmeldung muß heute, Dienstag, von 10 bis 1 Uhr im Schulgebäude Wörthstr. 23 vorgenommen werden. Auch die aus Unwissenheit der Eltern in konfessionelle Schulen geschickten Kinder können zur Umschulung jetzt vorgemeldet werden. Jegliche Auskunft in Ein- und Umschulung erteilt der Vorsitzende des Elternbeirates Genosse Dietl, Gäßlerstr. 7, oder der Schulleiter Genosse Zwölfer im Schulgebäude Wörthstr. 23.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

12) Doch alle Frauen, die ihm vorgeschlagen wurden, mißfielen ihm. Es waren Witwen, verlassene Frauen, Frauen mit Söhnen und mit Töchtern, mit Berufen und mit Geschäften. Aus Langeweile brachte er seinen alten Vater aus der kleinen Stadt zu sich, forschte nach den entferntesten Gliedern seiner Verwandtschaft und brachte sie nach Amerika. Doch er liebte seine Verwandten nicht und machte es ihnen zum Vorwurf, daß sie alle nur für die Schneiderei, für die Nähmaschine oder das Bügeleisen taugten. Kein einziger gebildeter Mensch war unter ihnen, kein einziger, der unabhängig gewesen wäre, der allein seinen Weg gemacht hätte, der ihm, Onkel Moses, gleich gewesen wäre. Er sah er mit ihm ein vertrauliches Wort sprechen konnte. Onkel Moses verachtete ihr Sklavenwesen, das er selbst geschaffen hatte, verachtete ihre Schmeicheleien und ihre Demut vor ihm. Er wollte zwischen ihnen einen Menschen finden, der selbstbewußt wäre, der zu ihm spräche wie zu seinesgleichen. Und als Mascha aus ihrem Winkel ihn ansprach und ihm die Schimpfworte: „Biest“, „Hund“ entgegenbrachte, da machte das starke Eindrud auf ihn. Zum ersten Male hörte er, daß ihn jemand beschimpfte. Und wer war das? Ein Mädchen, ein Kind, dessen Los ganz von ihm abhing. Sie wollte ja nichts von ihm — „I hate you“, lächelte er in sich hinein. — „Sie häßt mich, weil ich ihren Vater beleidigt habe.“ Und er beneidete Aaron Meinit um das Kind, das sich seiner annahm.

Alles hätte er Aaron Meinit gegeben für das Kind, das sich seiner annahm.

Onkel Moses hielt sich noch für einen jungen Mann. In seinem Innern fühlte er noch gar nicht das Alter, welches sein seltes Gesicht und sein schwerer Körper so schändlich auf Schritt und Tritt verriet. Er sah nicht oft in den Spiegel, und überdies gingen die Veränderungen in seinem Gesicht und auf seinem Körper so langsam vor sich, daß er sie gar nicht bemerkte, und meinte, sein Gesicht habe sich nicht geändert. In seinem Innern aber fühlte er noch die Kraft, ganz von neuem anzujagen. Jeder neue Gedanke entfesselte in ihm Ströme von Energie; und der Gedanke, welcher ihn jetzt plötzlich mit einem Schlage durchfuhr, schlug wie eine Flamme in ihm auf und weckte in ihm einen Strom von Leben.

„Ich muß sie erziehen... erziehen für mich... Sie soll mein Kind sein und sich meiner annehmen.“ Ein neuer Energiestrom ergoß sich durch seine Adern.

Mit der gleichen Stohkraft, mit der Onkel Moses gewohnt war, einen Plan auszuführen, der ihm eingefallen war, ging er nun an die Ausführung dieses Planes.

8. Der neue Pharao.

Rusmin diente treu seinem „Pharao“. Rusmin sah eifrig bei der Arbeit und nähte Röcke, Hosen und Westen für Leute, von denen es nicht die geringste Ahnung hatte. Ganz Rusmin sah oben in der Werkstätte bei Onkel Moses. Reb Joel Chaim, der Vorsteher der Rusminer Schul', Jische, der Schustergefelle, Jankel, der Frauenschneider, Rusmins Eleganz und Don Juan, welcher einst die Herzen der Rusminer Frauen gebrochen hatte, und Chaim der Bader, welcher den Frauen Blutegel schte — was immer einer Frau in Rusmin schte, er hieß sie das Hemd ablegen und legte ihr Blutegel an, bis eines Tages seine Blutegel Verdacht erweckten und Chaim der Bader von einigen vornehmen Bürgern des Städtchens ordentlich verprügelt wurde; seither fehlen ihm auch zwei Zähne. Chaim legt keine Blutegel mehr, sondern sitzt bei Onkel Moses auf dem „Dachboden“ und näht Hosen. Alle nähren Hosen. Onkel Moses hat ganz Rusmin nivelliert. Es gibt keine Schuster mehr, keine Don Juans, keine Bader, welche den Frauen Blutegel ansehen, keine Schneider, welche die Frauen unter den Armen kigeln, wenn sie ihnen die neuen Kleider zur Probe bringen — alle dienen einem Gotte, alle tun die gleiche Arbeit — sie nähren Hosen.

Doch Rusmin will noch nicht sterben. Bei Onkel Moses auf dem „Dachboden“, bei der Nadel, da lebt das alte Rusmin mit allen seinen Merkwürdigkeiten wieder auf. Jeder alte Stein, jedes alte Haus, jeder alte Winkel wird mit Liebe und Sehnsucht von den treuen Kindern des alten Rusmin wieder in Erinnerung gebracht, die hier sitzen, die zugeschnittenen Hosen in der Hand und sich nach Rusmin sehnen; da und dort fällt eine Träne nieder, da und dort hebt sich der Seufzer eines alten Rusminers, der sich der Schönheit Rusmins erinnert.

„Nun, Beibl, warum schweigst du heute? Gib doch die „Reduscha“ des alten Chasan zum besten.“

Und Beibl, welcher das Vorbeterepust sein Leben lang geliebt und doch dabei nie Gelegenheit gehabt hatte, zu ihm hinzukommen und seine Sangesgabe zu erwähen — er beweist sie jetzt vor Rusmin bei der Nadel und beim Hofen nähen.

Die Melodie des alten Chasan entführt ganz Rusmin in die alte Schul', und der herrliche Schewuoth-Sabbat steigt in der Erinnerung auf, da jeder Bürger im Tallis mit der gol-

denen Borte an seinem vornehmen Platz saß und die Melodien des Chasan freudig in sich einsog; und jetzt sieht Rusmin da, mit Hosen in den Händen.

Doch bald verschwindet die alte Schul', verschwindet der schöne Sabbatmorgen und die Sehnsucht und die Liebe nach Rusmin, und übrig bleiben nur die Hosen und die Nadeln. Sam erscheint in der Tür der Werkstätte und schreit: „Na, sieh nur, Rusmin singt! So ist's recht! Ihr werdet euch eine schöne Suppe bei mir einbrocken! Ich rufe sofort den Onkel Moses zu euch herauf!“

Erstrocken raunt ein Rusminer Bürger dem anderen zu: „Schweig, schweig, der „Gouverneur“ ist hier.“

Sam wird von Rusmin „Gouverneur“ genannt und Onkel Moses „der Kaiser“.

Die Furcht vor dem „Gouverneur“ ist größer als die vor dem „Kaiser“.

Rusmins Bürger verstummten in Furcht vor dem kleinen Sam, der daheim ein Fleischerlehrling gewesen ist und hier „Gouverneur“ von Rusmin ist. Aber Rusmin hat einen mächtigen Beschützer und Fürsprecher. Das ist der alte Meinit, Onkel Moses Vater, den der Sohn nach Amerika gebracht hat. Der Alte streicht müßig umher, den Stock mit goldenem Knopf, den ihm der Sohn einst zum Geschenk gemacht hat, in der Hand; der steife Hut, an den er nicht gewöhnt ist, quält ihn, und deshalb hat er ihn schlief gerückt. Er langweilt sich in Amerika und sehnt sich nach seiner Griesmühle. Aus Langeweile hat er zu trinken begonnen. Ein Schnäpschen hatte er schon daheim immer gern gehabt, aber hier in Amerika, wo er sich's vergönnen konnte und gute Freunde stets bereit waren, mit dem Alten anzustoßen, war er ewig betrunken. Bekannte hatte er nicht. Alle Rusminer arbeiteten ja in der Werkstätte bei seinem Sohne. Daher liebte es der Alte, in die Werkstätte emporzuklimmen und bei seinen Landsleuten die Zeit zu verbringen, mit ihnen von Rusmin zu sprechen. Oft bekam er auch Lust, Hosen zu nähen, da er sah, daß alle seine Jugendfreunde, alle vornehmen Bürger, vor denen er daheim so viel Ehrfurcht gehabt hatte, bei seinem Sohne Hosen nähten, Warum sollte er also nicht auch Hosen nähen? So kam er in die Werkstätte und half beim Nähen mit. Onkel Moses aber war es nicht recht, daß sein Vater in der Werkstätte saß. Denn wenn er hinkam, störte er Rusmin in der Arbeit; dann er ließ sich mit seinen Landsleuten in Gespräche über die Helmat ein, über alte Gutscharen, über Gespächte auf dem Dorf, über den Rabbi und den Chasan — und Rusmin verlor sich oft so stark in diese Gespräche von der Helmat, daß ein Streit über einen Chasan oder einen Schlächter ausbrach.

(Fortsetzung folgt.)

Mutterliebe.

Zuchthaus für eine Vierundsechzigjährige.

Sie war Blumenfrau am Potsdamer Platz! Durch ihren Beruf ernährte sie ihre ganze Familie. 64 Jahre war sie alt geworden und in Ehren ergraut. Mit besonderer Liebe hing sie an ihren Kindern. Und als einer ihrer Söhne einmal strauchelte, folgte ihm ihre Mutterliebe und Sorge auch im Unglück. In dem Kampf um seine Umsicht, an die sie fest glaubte, wollte sie ihren Jungen helfen. Sie ließ sich zu einer Beeinflussung von Zeugen verleiten und stand nun vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte unter der schweren Anklage der Verleitung zum Meineid. Ob sie wusste, was sie aufs Spiel setzte? Ob es ihr bekannt war, wie hart das Gesetz gerade in diesem Falle zu ahnden pflegt? Mindeststrafe, auch die Zubilligung milderer Umstände: — 1 Jahr Zuchthaus.

Nun wurde die alte, weißhaarige Frau aus der schon fünf Monate währenden Untersuchungshaft vorgeführt. Drei Fälle warf ihr die Anklage vor. Drei Menschen sollte sie beeinflusst haben zugunsten ihres Sohnes auszusagen, für den sie ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen wollte. Immer wieder schrieb ihr der Junge, er sei zu Unrecht verurteilt worden. Er wäre zu der fraglichen Zeit gar nicht am Tatort gewesen. Fährte ein Alibi an, ein kleines Vorkommnis, das ihm gerade damals während einer Reise im Zuge begegnet sei. Eine ihm bekannte Frau hätte unterwegs mit einem Bahnkassierer wegen eines Trogefortes Unannehmlichkeiten bekommen, er sei Zeuge der entstandenen Streitigkeiten gewesen. Die Frau wurde ausfindig gemacht und mußte auch das kleine Abenteuer zugeben, konnte sich aber nicht entsinnen, den Sohn der Blumenfrau gesehen zu haben. Die besorgte Mutter sollte nun versucht haben, das Gedächtnis der als Zeugin Geladenen etwas „aufzufrischen“. Diese wollte sich dann auch vor dem Untersuchungsrichter an die stattgefundene Begegnung erinnern haben, sagte aber später wieder das Gegenteil aus. Selbst in der Verhandlung war nur schwer aus der eingeschüchterten Zeugin die Wahrheit herauszubekommen. Das Gericht ließ denn auch diesen wie einen nächsten Fall aus der Anklage fort. Das eidliche Zeugnis eines „wilden“ Kofferträgers, der sich in der Nähe des Bahnhofs durch gelegentliches Gepäcktragen arbeitslos ernährte, fiel aber für die Angeklagte wesentlich ungünstiger aus. An ihn sollte sie sich herangemacht, ihm einen Anzug und Geld versprochen haben, wenn er eine bestimmte Aussage für ihren Sohn bekräftigen würde. Die bedrohliche Nähe des Zuchthauses rückte für die alte, bedauernswerte Frau immer näher. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, schärferte dem Gericht noch einmal den wirtlich zweifelhaften Kampf einer Mutter, die in ihrer Sorge um ihren Jungen jede Gelegenheit ergriff, diesem zu helfen. Erzählte, wie sie die Zeugen auf sein Bureau brachte, um sie durch den Rechtsanwalt auf ihre Glaubwürdigkeit prüfen zu lassen, diesen verwarf und jenen wieder annahm. Er erinnerte an die Unbescholtenheit der vierundsechzigjährigen Frau, die schließlich doch nur ein Opfer ihrer Liebe geworden sei. Das Gericht folgte seinen Ausführungen in weitgehendster Weise, konnte allerdings die Härte des Gesetzes nicht umgehen und verurteilte die Angeklagte zu der Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus. Die fünf Monate der Untersuchungshaft wurden voll angerechnet und die alte Frau auf freien Fuß gesetzt.

Wäre diese Verhandlung eine Warnung dafür sein, wie vorsichtig man in allen Sachen sein muß, die Eid und Zeugen betreffen.

Ankunft der ostpreussischen Schutzpolizei.

Gestern abend gegen 11 Uhr traf auf dem Hamburg-Lehrter Güterbahnhof der Transport der ostpreussischen Schutzpolizeibeamten ein. Zum Empfang waren mehrere höhere Berliner Polizeioffiziere anwesend. Eigenartig berührte es, daß rings um den Bahnhof starke Absperren vorgenommen und wie selbst der Inspektionskommandeur von Tiergarten Leber erklärte, daß er vom Kommando die Anweisung bekommen hätte, daß auch die Presse nicht zugelassen sei. Es ist unverständlich, aus welchem Grunde die Ankunft der Beamten zu einem Geheimnis gemacht wurde.

Ein ungetreuer Beamter.

Durch anonyme Anzeigen wurde das Bezirksamt Mitte in den letzten Tagen auf einen jungen Beamten, den Stadinspektor Gerhardt aufmerksam gemacht. Gerhardt hatte sich vor längerer Zeit für 6000 Mark eine Bierzimmerwohnung gekauft, eine teilspielige Reise nach Italien unternommen und fiel auch sonst durch seinen luxuriösen Lebenswandel auf. Die Feststellungen, die daraufhin von der Behörde eingeleitet wurden, ergaben, daß Gerhardt, der im Steueramt des Bezirksamts Mitte beschäftigt war und dort Wertungsmaschinen- und Grubenvermessungsarbeiten zu bearbeiten hatte, umfangreiche Veruntreuungen vorgenommen hatte. Es wurde sofort Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, und als von dieser eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden sollte, festgestellt, daß Gerhardt flüchtig sei. Es steht zu befürchten, daß auch andere Bezirksämter davon betroffen sind. Die unterliegenden Summen betragen zur Stunde circa 60 000 Mark. Weitere Feststellungen sind im Gange.

Unter Verdacht verhaftet.

Unter dem Verdacht des verführten Rodes wurde die 43 Jahre alte Wirtschaftlerin Luise H. verhaftet. Seit Mai v. J. wohnte sie zusammen mit dem 45 Jahre alten Schlosser Oskar W. in der Langen Str. 105. Am vergangenen Sonntag gerieten die beiden in Streit und W. verprügelte die Frau. Diese packte ein paar Sachen zusammen und übernachtete bei einer Freundin. Am Montag kehrte sie jedoch zurück. W., der als Heizer arbeitet und Nachtdienst zu versehen hat, kehrte am Dienstag früh um 4 Uhr heim und legte sich, ohne Licht zu machen, in der Küche zu Bett. Gegen 7 Uhr wurde er munter und verspürte ein heftiges Uebelbefinden, das auf Einatmen von Rauchgas zurückzuführen war. Er schleppte sich an das Küchenfenster, öffnete es und erholte sich soweit, daß er die Polizei benachrichtigen konnte. Frau H. war, wie immer, um 5 Uhr fortgegangen, um als Reinmachefrau in einer Bank zu arbeiten. H. beschuldigte sie, den Gasbehälter der Küchenlampe, die seit vielen Monaten nicht mehr benutzt wurde, geöffnet zu haben. Bei ihrem Fortgang habe sie dann auch den Hauptbehälter geöffnet, so daß die Küche sich mit Gas füllen mußte. Frau H. wurde unter Verdacht verhaftet. Sie bestreitet die Verdachtsdiagnose und behauptet, daß W. sie aus Rache angegriffen habe.

Amalie Janke oder die Filmbiba.

Lu de Putti ist sicher ein Name von seltenem Wohlklang. Nur in Großschonungen, mit mindestens hundert Lieferungen steht man auf ähnliche schönlautende Wortverbindungen. Aber Amalie Janke ist auch nicht schlecht; das klingt so nach etwas ganz Nichtigem: eine blasse Näherin oder Plätterin könnte so heißen, auch ein kleines blondes Kaufmädchen, das die Mutter dann wohl lieb und freundlich „Mädchen“ rufen würde. Doch Näherinnen und Plätterinnen und Kaufmädchen stehen zurzeit nicht eben hoch im Kurs, und Amalie Janke hätte wohl kaum heute einem Pariser Modellschmuckhändler Markt für Toiletten und einer Modellschmuckhändler Markt für Toiletten können, wie das Lu de Putti mit Leichtigkeit fertig brachte. Es ist also einigermaßen verständlich, daß die Filmbiba auf ihren ständesamtlichen Namen, der eben Amalie Janke lautet, nicht sonderlichen Wert zu legen pflegte. Und wenn große Geschäfte daraufhin dumm genug waren, ihr tausende Mark zu schulden, so ist das ja schließlich ihre Sache. Aber die schöne Lu, die sich für die Bagatelle von vierhundert Dollar wöchentlich nach Hollywood engagieren ließ, brannnte auch ihrem Zeitungshändler mit der Summe von 8,70 Mark durch; 8,70 Mark — das hätte eine brave fleißige Amalie Janke, für die das sicher ein großer Betrag gewesen wäre, bestimmt bezahlt. Daß die Filmbiba Lu de Putti einen kleinen Händler darum prellte, das, mein Fräulein, verzeihen Sie's schon, ist eine Gemeinheit.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 17. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 8.30 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsstücke). Die Funkprinzessin erzählt: H. Ch. Andersen: 1. Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzchen. 2. Die Kindergesellschaft. 3. Die Brautleute. 4. Der Schweinehirt. Die Funkprinzessin: Elise Strakoska. 4.30-8 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. (Konzertmeister Ferd. Kaufmann). 6.45 Uhr abends: Dr. Otto Krohne: „Die Vererbung geistiger und körperlicher Anlagen beim Menschen“. 7.15 Uhr abends: Postzeit Hermann Thurn: „Die Neuorganisation des Rundfunks“. 7.45 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abt. Philosophie. Ministerialrat Dr. med. Alfred Beyer: „Psychologie der Gemeinschaft“. „Die Wirkung zufälliger Vereinigung auf das Seelenleben des Einzelnen“. 8.30-10 Uhr abends: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. 10. Abend. Ausführende: Prof. Gustav Havemann, Violine; Hans Mahlke, Bratsche; Adolf Steiner, Cello; Hermann Schubert; Kontrabaß; Prof. Emil Prill, Flöte; Alfred Richter, Klarinette; Professor Paul Rembt, Horn; Louis Scheiwein, Fagott; Rudolf Schmidt, Klavier. Unter Mitwirkung von Kammer- und Sängerkörnern von der Berliner Staatsoper, Tenor. 1. Beethoven: Septett op. 20, für Violine, Bratsche, Klarinette, Horn, Fagott, Cello und Kontrabaß. Adagio; Allegro con brio — Adagio cantabile — Menuett — Andante con variazioni — Scherzo: Allegro molto e vivace — Andante con moto alla marcia — Presto. 2. Beethoven: a) An die ferne Geliebte, b) Adalaid (Kammerlieder Frits Soot), 3. Louis Spohr: Quintett op. 52, für Klavier, Flöte, Klarinette, Horn und Fagott. Allegro moderato — Larghetto con moto — Menuett — Finale: Allegro molto. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitensage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Funkkapelle). Leitung: Konzertmeister Franz v. Szepanowski.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 17. Februar.

8-10 Uhr nachm.: Oberlehrerin Fr. Maria Schmitt: Die Berücksichtigung der weiblichen Eigenart in den Mädchenschulen: „Frauenart und Lehrerinnenbildung“. 3.30-4 Uhr nachm.: O. Mario Alfieri, Fr. G. van Eyssen: Spanisch für Anfänger. 4 bis 4.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Lampe: Allgemeine Wirtschaftsgeographie: Die Erde als Grundlage der Wirtschaft. II. Teil. 4.30-5 Uhr nachm.: Fr. Anna von Gierke: Die Frau als Wirtschaftlerin: „Das Schönste für die Hausfrau“.

Wie die Hausbesitzer sparen wollen!

Den Berliner Mietern droht eine erhebliche hygienische Gefahr. Bei den Berliner Hauswirten besteht die begriffliche Meinung, von den Mietern zu nehmen, was sie bekommen können, dafür aber so wenig wie möglich zu leisten. Der innere und äußere Zustand Berliner Häuser spricht hier eine beredte Sprache. Neuerdings haben die Hauseigentümer wieder etwas gefunden, womit sie einen Abbau ihrer Unkosten erreichen wollen. Die Kosten der Müllabfuhr sind abhängig von der Zahl der Müllkästen, die in einem Hause vermerkt werden. Nun sind nicht wenig Mietler dabei, die Zahl der Müllkästen zu verringern. Die Folge ist, daß die vorhandenen Kästen nicht mehr ausreichen. Der Abfall, Asche, Müll und Unrat, wird auf den Hof geworfen. Für die Mieter derartiger Häuser ist sofortige Benachrichtigung der Gesundheitspolizeibehörde erforderlich. Aber sie haben noch ein weiteres Druckmittel. Die Kosten der Müllabfuhr bilden einen Teil der Miete. Der Mieter kann also verlangen, daß die Einrichtungen, die bei Festlegung der Miete für Müllabfuhr vorhanden waren, im Umfang nicht verringert werden, oder er kann eine entsprechende Kürzung der Miete vornehmen. Wenn das von allen Mietern des Hauses geschieht, der gekürzte Betrag also erheblich wird, dann wird sich der Hauseigentümer schon veranlaßt sehen, die Müllabfuhereinrichtungen in demselben Umfang, in dem sie bei Festlegung der Miete bestanden, wieder herzustellen.

Die energische Buchhalterin. Eine Buchhalterin aus der GutsMuths-Str. hat zwei Taschendiebe in einem Straßenbahnwagen der Königsgrüner Straße bemerkt, nahm sie fest und übergab sie der Kriminalpolizei.

Beim Verkauf nasser Wäsche wurde ein 46jähriger Spezialist für Bodeneinbrüche, namens Wilhelm Duder, erwischt. Diese haben in der letzten Zeit wieder so überhand genommen, daß das Sonderdezernat der Kriminalpolizei eigene Streifen zur Beobachtung der Verkaufsstellen in der Mühlstraße und am Weinbergweg eingerichtet haben. So wurde Duder ertappt, als er nasse Wäsche anbot, die er ohne Zweifel gerade von einem Boden gestohlen hatte, während er behauptet, sie von einem unbekannten Ranne zum Verkauf erhalten zu haben.

Reichstagspräsident Genosse Löbe spricht heute Mittwoch, den 17. Februar 1926, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Brädervereins, Kurfürststr. 115/116, im Verein junger Kaufleute von Berlin über: „Amerika, das Wunderland der Technik“.

Genossin Emma Böck, die kürzlich ihren 60. Geburtstag feierte, hat so zahlreiche Glückwünsche empfangen, daß es ihr nur auf dem Wege über die Zeitung möglich ist, allen zu danken.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für die Theateraufführung am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr im Staatlichen Schülertheater sind noch einige Karten im Bureau des Bezirksbildungsausschusses zu haben. Preis der Karte einschließlich Kleiderabgabe und Theatergeld 1,20 Mk. Zur Aufführung gelangt: „Kapitän Braubounds Bekehrung“, Komödie v. Bernhard Shaw.

Die Sion von Dresden.

In Dresden gab es kürzlich den Empfang einer Schar von Siouxindianern, die für einige Wochen im Zirkus Sarrasani ihren Wigmaw aufgeschlagen haben. Die offizielle Begrüßung durch den Dresdener Oberbürgermeister Blüher erfolgte feierlich im Dresdener Rathaus. Festen Schrittes kommt der Häuptling Black Corn durch den Rarmorssaal, flankiert vom Sternbanner und der blauweißblauen argentinischen Nationalflagge. Mit ihm kommen seine Squaw, Cesare Sessa, der argentinische Nigetonul und ein Mitglied des amerikanischen Konsulats. 93 Jahre alt ist Chief Black Corn und doch so kräftig, daß man ihn für einen fünfzigjährigen halten könnte. Seine Kleidung ist prächtig in Perlen- und Federarbeit, seine Ehehälfte, 10 Jahre jünger, trägt einen Halskragen, der sich aus Tausenden von Hirschkähnen zusammensetzt. Der Häuptling ist erschrocken befangen. Er hält auf indianisch eine Rede, die sein Weib durch Souffleure unterstülzen muß. Zum Schluß überreichte er Dr. Blüher die Friedenspfeife, eine dreiviertel Meter lange Weichspitze mit Tonkopf, und einen riesenhaften, vollenend schönen Perltabakbeutel, mit den Motiven des Friedens eingewirkt. Aber — so tobacco! Und wir hatten uns schon so gefreut, einmal mit übergeschlagenen Beinen am Boden zu haften und die Friedenspfeife freisen zu lassen. So ist es ja nur eine Gebärde, eine höfliche Phrase.

Hochbetrieb für Kino- und Photoleute, die gleich uns aus Berlin herübergekommen waren. Doch noch ist die Zeremonie nicht beendet. Kapellmeister Cesare Sessa begrüßt namens seiner Nation das Haupt der Stadt Dresden, und Dr. Blüher dankt, mit herzlichsten Worten der wohlwollenden Gesinnung Argentiniens während des Krieges gedenkend. Händeschütteln aller mit allen, und das große Ereignis ist vollzogen. Dem offiziellen Akt folgte ein gemächliches Zusammensein im Kafeest. Feuerwasser raum in Black Corns Kehle, und durch Zeichenpragme gab er seinem jungen Adjutanten zu verstehen, daß er der Vorgesellschaft etwas zu sagen habe. Er klopfte an das Glas und erklärte: „Dresden ist ein schöner Ort, der Große Geist wird es beschützen, das Essen ist gut, mein Herz ist voll. Ho — oh.“ — Wie voll das Herz war, zeigt, daß Black Horn in der Abendvorstellung nicht auftreten konnte, er war plötzlich erkrankt! Auf der nächsten Rückfahrt träumte ich von Verfolgungen und Indianern, wie sie mich an einen Baum banden, mich staplierten und den Scheiterhaufen in Brand setzten, daß es hell aufloderte, — aber die Helle war die Bogenlampe des Anhalter Bahnhofs. Ist.

Ein Auto in den Rhein gefahren.

Nach einer Meldung aus Köln ist gestern dort in der Nähe des Hafens infolge unrichtigen Ausweichens eines Autodroschke mit einem anderen Auto leicht zusammengestoßen, streifte dann noch ein zweites, diesem folgendes Auto und fuhr dann plötzlich in rechtwinkliger Wendung über die Verfüllung in den Hafen, wo es zwischen der Werftmauer und einem zur Ueberwinterung liegenden Dampfer der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft im Rhein verschwand. In der Droschke saßen außer dem Chauffeur noch drei Personen befunden haben. Mittags wurde die Leiche des Chauffeurs gefunden; es handelt sich um einen gemessen Schreiber, dem vor einiger Zeit wegen Unzuverlässigkeit der Führerschein entzogen worden war. Die Sucharbeiten werden fortgesetzt.

Große Schadenfeuer in Australien.

Waldbrände haben in Australien in den letzten Tagen eine ungeheure Ausdehnung angenommen. Nach Meldungen aus Melbourne sind die Brände durch die große Hitze entzündet und haben in den ausgedörrten Wäldern reichliche Nahrung gefunden. Zwischen Melbourne und den Gippslandseen haben die Flammen bereits auf Städte zugetrieben. 18 Personen sind verbrannt, tausende von toten Schafen ließ das Feuer hinter sich. — Ein ungeheurer Brand wütet seit Dienstagmorgen in Victoria (Australien), dem bisher die Stadt Noojee und Hunderte von Farmen zum Opfer gefallen sind. 27 Menschen sind verbrannt, Hunderte sind ihrer Wohnungen beraubt, große Herden und umfangreiche Kulturgebiete wurden vernichtet.

Stürme und Schiffbrüche an Englands Küste. Stürmisches Wetter hat in den letzten Tagen an der englischen und irischen Küste mehrere Schiffbrüche zur Folge gehabt. Zwei Schleppdampfer aus Swansea sind an der Küste von Galloway verloren gegangen. Die Nachforschungen nach der Mannschaft waren bisher ergebnislos. Man hofft, daß es den Schiffbrüchigen gelungen ist, sich auf irgendeine entfernte Insel zu retten. Drei Mann der Besatzung des italienischen Dampfers „Liberta“, der bei Ballyhead (Devonshire) strandete, wurden unter den schwierigsten Umständen durch ein Rettungsboot aus Brixham, das 20 Seemeilen weit durch die sturmbelegte See fahren mußte, gerettet. Die Rettung der übrigen 27 Mann wurde mit Hilfe des Raketensystems von den Klippen aus bewerkstelligt. Beller wurden 34 Mann von dem spanischen Dampfer „Circulo Amoro“, der auf die Klippen bei Stradbally (Graffschaft Waterford) aufgelaufen war, von einem Rettungsboot aufgenommen und an Land gebracht.

Bergmanns Tod. Auf der Ludwig-Glück-Grube des Vorkrieges bei Hindenburg wurden zwei Bergleute durch hereinbrechende Kohlenmassen getötet. — In der Grube Bombatan in Belgien in den Vereinigten Staaten wurde durch eine Explosion ein Arbeiter getötet und 19 verletzt. Die übrigen 600 Mann der Belegschaft blieben unversehrt.

Zwei Kinder durch eine Handgranate getötet. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern in Guchulu bei Oberglogau. In Abwesenheit der Eltern ließ ein vierjähriges Mädchen auf das Feld, fand dort eine Eierhandgranate und brachte sie nach Hause. Während sich der elfjährige Bruder an dem Sprengkörper zu schaffen machte, explodierte dieser und verstümmelte beide Kinder in grauenhafter Weise. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die übrigen im Zimmer befindlichen drei Kinder wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Einblendungen für viele Rubrik. Verlags- u. Dr.-G. 44, Lindenstraße 2. Nicht an das Postamt zu richten. 2. Post, 2. Exped. vertrieben zu richten.

Die Sammelliste für das Volksbegehren Nr. 908 ist der 35. Abteilung auf dem Umpannwerk in der Kopenhagener Straße verloren gegangen. Der erste darauf geeignete Name lautet Rinko. Bei einem eventuellen Verlust, darauf noch weiter zu sammeln, ist diese Liste anzuhalten und an das Bureau einzusenden. J. H. Heg Pagels.

- 1. Kreis Wedding. Freitag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung mit den Abteilungsleitern an bekannter Stelle.
2. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, im Rekonstruktionsbüro, Berlin, Ecke Köpenickerstr., Sitzung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
13. Kreis Tempelhof, Marienfeld, Kottbuscher Platz, Donnerstag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Kommunistischen Stammsaal, Kottbuscher Platz, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Genosse Thiele berichtet über „Grundbesitzliches aus der Städteordnung und aus dem Gesetz Groß-Berlin“.

Mittwoch, den 17. Februar:

- 122. Vkl. Vörschel, 7 1/2 Uhr Mittwochsversammlung bei Genossin Parashner, Eichestr. 11. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage“. Referent Genosse Kagan.
Romane: 8 Uhr Mittwochsversammlung im Altenbahnhofs.

Donnerstag, den 18. Februar:

- 38. Vkl. 7 Uhr bei Vohl, Buchener, Ecke Gropiusstraße, Funktionärssitzung.
39. Vkl. Charlottenburg, 12. Bezirk: 3 Uhr beim Genossen Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.
40. Vkl. Tempelhof, Kottbuscher Platz, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr im Kommunistischen Stammsaal, Kottbuscher Platz, 42.
Kottbuscher, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Genosse Thiele berichtet über „Grundbesitzliches aus der Städteordnung und aus dem Gesetz Groß-Berlin“.
Kottbuscher, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Genosse Thiele berichtet über „Grundbesitzliches aus der Städteordnung und aus dem Gesetz Groß-Berlin“.
Kottbuscher, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Genosse Thiele berichtet über „Grundbesitzliches aus der Städteordnung und aus dem Gesetz Groß-Berlin“.

Frauenveranstaltungen:

- 7. Kreis Charlottenburg. Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Genossin Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.
8. Kreis Charlottenburg. Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Genossin Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.
124. Kreis Wedding-Bez. Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Genossin Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.
21. Vkl. Donnerstag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Genossin Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.

Einblendungsverband sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender. Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, Stammsaal bei Schilling, Kottbuscher, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Parteigenössische Gäste willkommen.

Verbandsversammlung der Arbeitervereine, Gruppe Mitte, Heutz, Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Kottbuscher Stammsaal, Kottbuscher Platz, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Kottbuscher über „Die Lage der Arbeitervereine“.
Verbandsversammlung der Arbeitervereine, Gruppe Kreuzberg, Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Kottbuscher Stammsaal, Kottbuscher Platz, 42. Kottbuscher- und Kottbuscherstr. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Kottbuscher über „Die Lage der Arbeitervereine“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 7. Vkl. Am Sonntag, den 14. Februar, und unterwirft unter Genossin Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.
8. Vkl. Am Sonntag, den 14. Februar, und unterwirft unter Genossin Weisheit, Liebenburger Str. 18, Ecke Meinerstraße, Polizeirevier. Vortrag des Genossen W. Weisheit über „Das Selbstbestimmte Volkstum“.

Der frühe Pflüger.

Noch rüttelte des jungen Morgens Hand
Bergebens an den Pforten dieser Erde,
Da ging ein Pflug schon durch das dunkle Land,
Gemächlich schritten Bauer hin und Pfluge.

Dem Tag entgegen stiegen sie bergan,
Es klatschten auf der Tiere Bug die Fügel,
Jetzt hob vom Himmel schwarz sich das Gespann,
Dann sank es, langsam schwindelnd, hinterm Hügel.

Im Osten aber wuchs ein blasser Spall,
Durch den des Lichtes erste Boten quollen,
Es kam der Tag mit siegender Gewalt,
Rot blühten auf die frischgebrochenen Schollen.

Und als schon durch des Himmels offnes Tor
Die frischen Morgenwinde draußend stoben,
Stieg wiederkehrend das Gespann empor,
Vom Dampf der Ackerperde zart umwoben.

Bangsam entwuchs der Tiefe Raum und Hof,
Doch da sie ruhten auf dem Hügelkamme,
Verwandelte den Dunst, der sie umfloh,
In liches Gold der Sonne erste Flamme.

Paul Rochmann.

Florentinischer Karneval.

Von Max Barthel.

(Schluß.)

„Die Sache ist gut.“ sagte der Buchhändler, als sich die Zuschauer verlaufen hatten. „Die Sache brummt. Dreißig Lire, schade ich.“

„Siebenundzwanzig einhalb.“ sagte Ballus.

„Siebenundzwanzig einhalb durch vier macht sieben.“ rechnete der Türke aus.

„Sachs für uns und den Rest für den armen Ausländer.“ sagte der Journalist. „Er hat seine Sache gut gemacht.“

„Du am besten.“ versicherte der Gelobte.

Dann wurde das Geld verteilt. Ballus hatte etwas über neun Lire und ließ sich mit den anderen Kameraden durch den bewegten Strom des Karnevals treiben. Am Hause Dantes sammelte sich die Kumpanei, um dem gläubigen Volke noch einen Akt von der Komödie der Rührung vorzuspielen. Aber dieser Akt wurde nicht bis zum Ende gespielt. Der Journalist hielt gerade seine großartige Rede, die nur so von Menschenliebe triefte, hatte noch nichts geerntet als lautes Gelächter, als zwei Wagen mit vier jungen Mädchen vor dem Redner anhielten und sich durch eine gut gefüllte und sicher gezielte Handvoll Konfetti vorstellten. Der patriotische Mund des Journalisten schloß sich plötzlich zu einem dumpfen Gurgeln, das im lauten Beifall der vielen Leute und dem hellen Weibergeklächter sehr bald erstarb.

Der Redner war als Journalist an die sonderbarsten Dinge gewöhnt, aber so schnell hatte ihm noch kein Mensch den Mund geschlossen. Wie ein chinesischer Zauberer sprudelte er endlich das bunte Papier heraus, war sofort Herr der Situation, als er die Mädchen erblickte und mit dem Konfetti einer wichtigen Rede den Wurf vergaß. Nun begann eine richtige Schlacht mit buntem Schnee wirbelnden Papierses, den vielfältigen Luf und Ab weiblichen und männlichen Gelächters, die Karrenprüfische gelinden Spottes knallte hin und her, die Komödie der Rührung war ausgespielt. Ein anderes, viel schöneres Spiel begann. Die vier Bettler waren keine Bagabunden mehr, sie waren junge Männer, lebten das Abenteuer und nahmen mit großem Stolz die Einladung der Mädchen an, in die Wagen zu steigen und mit großem Pomp durch den Karneval zu kutschieren.

Die Pferde zogen an. Die zwei Wagen ratterten noch belebten Straßen, und an einer Piazza kaufte der Journalist Süßigkeiten, Blumen, Konfetti und Papierschlagen. Als er das letzte Geld ausgegeben hatte, mußte Ballus zahlen, und im anderen Wagen weiterteilten der Buchhändler und der Türke um die Krone der Freigebigkeit. Die Mädchen waren sehr vergnügt, lachten und lehnten sich manchmal leicht an ihre Kavaliere. Das Mädchen, das den Mund des Journalisten mit Konfetti verschlossen hatte, machte alles wieder gut und verließ sich sehr vergnügt, lachten und lehnten sich manchmal leicht an ihre Kavaliere. Das Mädchen, das den Mund des Journalisten mit Konfetti verschlossen hatte, machte alles wieder gut und verließ sich sehr vergnügt, lachten und lehnten sich manchmal leicht an ihre Kavaliere. Das Mädchen, das den Mund des Journalisten mit Konfetti verschlossen hatte, machte alles wieder gut und verließ sich sehr vergnügt, lachten und lehnten sich manchmal leicht an ihre Kavaliere.

Der Journalist wurde zuerst nachstern.
„Hofft du noch Geld?“ fragte er Ballus, der zwischen zwei Mädchen saß.

„Nein. Und du?“

„Verdammt, keinen Solbo mehr.“ fluchte der Journalist.

„Was ist das für eine Sprache?“ fragte Gina.

„Holländisch!“ antwortete Ballus.

„O Nlande!“ antwortete Gina. „Und was für eine ausgezeichnete Maste habt ihr heute gewählt.“

„Eine ausgezeichnete Maste?“ fragte misstrauisch der Journalist.
„Eine wundervolle Maste.“ lachte Gina. „Wir glaubten zuerst, ihr wäret Engländer.“

„Nein.“ sagte Ballus mit kaltem Gesicht. „Wir sind keine Engländer und unsere Maste ist keine Vertreibung, Gina. Das ist unser Straßenanzug. Auch unser Frack und Smoking. Wie du willst, rogozza.“

Der Journalist winkte müde ab. Eine Stunde lang hatte er nach Jahren den Helden spielen können, den glänzenden Gesellschaftler und Kavaliere. Und nun sollte abgeschminkt werden? Maledetto, das Leben ist nicht schön.

Die zwei Mädchen erstarren. Sie waren geschminkt und hatten viel Mel aufgelegt, aber Ballus schien es, als würden ihre Gesichter unter der Farbe ganz weiß. Auch die Augen, die so süß gelächelt hatten, wurden fest und fester. Gina bogte sich zu ihrer Freundin, zischelte einige Sekunden leise und aufgeregt und dann richteten sich zwei Mädchengesichter auf, zwei Gesichter der Medusa mit steinernen Augen. Gina ließ den Aufschrei aus dem Strom der anderen Wagen fahren und an einer stillen Gasse halten. Der andere Wagen folgte auch.

„Hofball bei Zille.“



Ein Zilletyp, der auf diesem Ball nicht vertreten sein dürfte.

„Das ist keine Maste?“ fragte Gina und zeigte auf die abgetragenen Kleider. „Das ist euer Smoking und Frack? Bagabondi! Bagabondi!“ sagte sie mit so entsehlischem Hohn, wie ihn nur die Menschen kennen, die von ganz unten aufgestiegen sind.

Mit einem Sah sprangen Ballus und der Journalist aus dem Wagen. Der Türke und der Buchhändler sprangen mit verduhten Gesichtern nach. Hinter ihnen keiften die Mädchen. Die Tippelbrüder rannten die stille Gasse entlang.

„Verdammt! Verdammt!“ fluchte der Journalist.

„Was ist los? Was ist los?“ fragten der Türke und der Buchhändler aus einem Munde wie vorher die zwei Mädchen.

„Der Teufel soll Florenz holen!“ fluchte der Journalist. „Und die verdammten Weiber dazu. Sie haben uns für reiche Engländer gehalten, die sich zum Spaß als Bagabunden verkleiden haben.“ Dann knirschte er noch andere Flüche, so grauenvolle und pflöfische, wie sie nur das Leben eingibt und wie sie der Herr Staatsanwalt so gern beschlagnahm.

Nach dieser Begebenheit zerstückte sich die Arbeitsgemeinschaft der vier Männer aus leicht begreiflichen Gründen sehr schnell. In der Albergo kam es zu einem großen Krach zwischen Rafalda und Ballus.

„Mit solchen Mädchen fährst du am hellen Tag durch die Stadt.“ schrie Rafalda. „Du Raler du. Du bist ein schöner Raler. Hast ihnen wohl die Backen rot angemalt, eh?“

„Mit was für Frauen?“ fragte Ballus unsicher zurück.

„Du Holländer, du Narr, du Raler, du Rind.“ ereiferte sich Rafalda. „Die vier Mädchen, mit denen ihr gefahren seid, kennt man doch in ganz Florenz. Sie sind sehr lebenswürdig, solange die Lire tanzen.“

Da mußte Ballus seine Niederlage eingestehen. Aber da er noch sehr jung war und vor einem Mädchen nicht erröten konnte, verließ er sehr bald die Stadt Florenz. An den Carnevale dachte er nicht gern zurück.

In Empoli erlebte er einen anderen Carnevale, ein heidnisches Fest mit singenden Kindern, brennenden Scheiterhaufen und sprühenden Feuern. Und auf so einem Scheiterhaufen, auf dem der ganze Unrat der Welt verbrannt werden sollte, warf auch Ballus die Bettlergeschichte unter dem Haupt der Medusa und wanderte frühlich in den aufblühenden Frühling hinein.

Der wahre Fredericus Rex.

Neuerungen, Briefe und Bemerkungen Friedrichs II.

Wohl auf die meisten historischen Persönlichkeiten läßt sich der Schillerische Satz anwenden: „Von den Parteien Günst und Hof verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ — Für den Preußenkönig Friedrich II. trifft diese Feststellung nicht zu. Das Bild seiner Persönlichkeit — sagen wir gleich: das angebliche Bild — wurzelt tief in der Vorstellung des Deutschen, und zwar so, wie es Schule und Schrifttum ihm fertig — gewissermaßen kinematographisch formiert — einprägten, und wie er es kritisch bewundernd hinnahm. Kommt die Rede auf Friedrich II., dann denkt er sofort automatisch an den „alten Fritz“, den „Vater seiner Soldaten“, an den „Philosophen von Sanssouci“, den „Schüler aller Religionen,

Künsten und Wissenschaften“, kurz — an das Ideal eines Staatsmannes.

Gleich eingangs sei hier die Bemerkung gestattet, daß keineswegs beabsichtigt ist, die Persönlichkeit dieses Herrschers einer tendenziös herabziehenden Kritik zu unterziehen; es soll lediglich jedem die Möglichkeit gegeben werden, das von parteilicher Seite gellebte „Anschauungsmaterial“ zu ergänzen, abzumägen und dadurch das konventionelle Bild im Sinne der historischen Gerechtigkeit nachzuprüfen und entsprechend zu berichtigen.

Die Persönlichkeit eines künstlerisch Schaffenden manifestiert sich in seinen Werken. Das individuelle Bild eines Politikers können wir uns am besten aus seinen Briefen und Memoiren rekonstruieren. Neuerungen, in denen die Person nicht hinter dem Werke verschwindet, sondern sich als Mensch dem Menschen erschließt.

Wie Wilhelm II. ein Vielredner (Schwäger) war, so könnte man Friedrich II. als einen Vielschreiber — im guten Sinne — bezeichnen. Auch in anderer Beziehung zeigen sich Familieneigentümlichkeiten der friedfertigen Hohenzollern gleichermaßen ausgeprägt: wie sein Nachfolger wollte schon Friedrich stets den Frieden und bereitete den Krieg. Da diese Unternehmungen insofern meist glücklich verliefen und aus fremden Taschen bezahlt wurden — das Blut der Bundesländer rechnete ja nicht mit —, so hatten die königlich-preussischen Untertanen nichts gegen Majestät einzumenden, und konnten sich in deren Ruhme. Genau wie später jeder preussische Leutnant einen guten Teil der Goethe und Kant entgegengedachten Würdigung für sich reklamierte.

Lassen wir nun den — immerhin bedeutendsten — Hohenzollern selbst sprechen und bemühen wir uns, zu erkennen, daß er auch nur ein Mensch war, dem durch Herkunft, Erziehung und durch den Einfluß seiner Umgebung Grenzen gesetzt waren, die selbst ein stärkerer Wille nicht hätte überschreiten können.

Im Juni 1740 schrieb der König an das Generaldirektorium: „Alle Religionen sind gleich und gut, man nur die beste, so sie profestren, Erlöse Leute sind, und wen Türken und Heiden fähmen und wollten das Land pöplren, so wolen wir sie Mosqueen und Kirchen bauen.“ Aus dem gleichen Monat stammt die viel zitierte Sentenz: „Die Religionen müssen alle tolleriert werden und mus der Fiscal nuhr das Auge darauf haben, daß keine der andern Ubrudt tuhe, den hier muh ein Jeder nach seiner Fasson selich werden.“

Das klingt alles sehr schön. Wie erklärt sich aber dann folgende Randbemerkung zu dem Besuch des Schuhhuben Meyer Benjamin aus Magdeburg, welcher die strafwürdige Bitte um Bewilligung der Bürgerrechte dieser Stadt tat:

„Der Jude Sol Sich vohrt aus Magdeburg Paquen oder der Comandant wird Ihm heraus Schmeißen.“

Auf das Gesuch des Generalleutnants von Diercke, welcher für seinen Schwager von Grävenitz die Erlaubnis, eine Bürgerliche (!) zu heiraten, erbat, schrieb der Volkstönig: „Fui mohr Er so mas vohrschlagen fan.“

Die gleiche Bitte eines Grafen Maruschka findet folgende Beantwortung:

„Ich bekümre Mir nicht um Seine amours (Viebschosten) . . .“

In einem Briefe vom 24. Februar 1781 an d'Allembert schreibt der König: „Unsern Deutschen ist das Liebel eigen, das man Wortdurchfall nennt; eher würde man sie stumm als sparsam mit Worten machen.“ (Was vornehm und zutreffend wohl auf den Nachkommen gemünzt war!) Ein Schreiben vom 8. September 1782 an den gleichen Empfänger enthält die bedeutenden Worte: „Stets wird sich das Volk, das überall die große Anzahl ausmacht, durch Betrüger und durch Schurken regieren lassen; und die Zahl der Weisen wird allezeit nur aus wenigen einzelnen Köpfen bestehen.“

Am 22. Januar 1784 schrieb der König an den Professor Müller, welcher eine Sammlung alter deutscher Gedichte herausgegeben hatte: „Meiner Einsicht nach sind Solche nicht Einen Schuß Pulver wert. In meiner Büchersammlung wenigstens würde ich solches elendes Zeug nicht dulden, sondern herauschmeißen!“

Charakteristisch für Friedrich II. sind seine Worte an Jordan, geschrieben am 24. Februar 1741: „Ich bin jetzt auf meine Sicherheit bedacht und bereite alles vor, um den nächsten Feldzug mit Erfolg führen zu können. . . Ich liebe den Krieg um des Ruhmes willen.“ (Die Invaliden seiner zahlreichen „Ruhmeskriege“ hätten wohl gern an Stelle ihrer Holzbeine die ganze „gloire“ für gesunde Glieder eingetauscht!)

Die Schrecken des Krieges, welche Friedrich — wie zu seiner Ehre erwähnt werden muß — im Gegenjag zu unserem ehemaligen „Obersten Kriegsherrn“ wenigstens in unmittelbarer Nähe der Schlachtfelder kennen lernte, veranlaßten manche Reflexionen, die er besser vor seinen Unternehmungen angefleht hätte:

„10. Juli 1745. — Ich wüßte gar sehr, daß dieser Bahnmüß, der jetzt in Europa herrscht, einmal der Vernunft Platz machte, und daß diese ehrgeizigen und gälligen geheimen Verbindungen, die die Politik (der andern natürlich) beherrschen, endlich einmal mit dem menschlichen Blute, das sie vergießen lassen, gesättigt wären . . .“

Zu seinem Sekretär Dargel äußerte er im Jahre 1745: „Künftig greife ich keine Raje mehr an, außer um mich zu verteidigen. (Da die Hohenzollern sich von jeher bedroht und angegriffen betradeten, wurde dieser Vorjah nicht eingehalten!) Das Verlangen nach Ruhm (!) und mein Vorteil (sehr eitlich!) haben mich zu meinem ersten Kriege, mein Eifer für Frankreich zu dem zweiten bewogen.“ In den Geschichtsbüchern liest man's anders! —

Ueber Kunstfragen, Shakespeares, Goethes Göt und den Geschmack des deutschen Publitums urteilt der König sachverständig im Jahre 1780: „Um sich davon zu überzeugen, wie wenig Geschmack noch in unserer Zeit in Deutschland herrscht, muß man sich nur in unsere öffentlichen Schauspielhäuser begeben. Man wird dort die in unsere Sprache übersetzten erbärmlichen (!) Stücke Shakespeares aufführen und die ganze Zuhörerschaft vor Freuden außer sich sehen, wenn sie diese lächerlichen Pöllen anhört, die würdig der Wilden von Kanada sind. Da erscheint jetzt noch ein „Göt von Verlichingen“ auf der Bühne, eine abschleuliche Nachahmung dieser schlechten englischen Stücke; und das Parterre applaudiert und verlangt mit Begeisterung die Wiederholung solcher geschmacklosen Plathheiten.“ —

Auf Grund aller vorstehenden Neuerungen wird man sich leicht ein charakteristisches, wahrheitsgetreues Bild der Persönlichkeit Friedrichs II. machen können. Anschließend daran dürfte sich allgemein die Erkenntnis Bahn brechen, daß die Geschichte einer Nation selbst in der schlechtesten Republik besser gewahrt sind, als in den Händen (und unter den Launen) des besten Fürsten!

Dr. Fritz Lohner (Berlin).

Was sind Nova-Sterne? Eigentlich bedeutet das Wort: neue Sterne, aber in Wirklichkeit sind es aufflammende Himmelsgebilde, die die Sternkarte stören. Solche haben seit Jahrhunderten immer wieder die Menschen erschreckt. Heute aber, da in allen Kulturländern Tag und Nacht der ganze Himmel von einer gelehrten Fernrohrwache überwacht wird, werden solche jedes Jahr festgestell. France teilt in dem neuen Kosmosbändchen „Harmonie in der Natur“ folgendes darüber mit: Ein einfacher und beschreibener Stern beginnt plötzlich heller zu leuchten; in Monaten oder binnen einem Jahr erreicht er ein Mehrfaches an Helligkeit, dann sinkt er wieder in das Dunkel zurück, aus dem er gekommen war. Stumm und weit scheint sich da ein ferner Weltbrand, eine Himmelskatastrophe abzuspielden, sei es, daß Sterne zusammenstoßen oder, wie der im Jahre 1924 verstorbenen Astronom Seeliger annahm, daß ein Stern in einen Nebel andrang und infolge der dabei entwickelten Wärme aufblammte. Jedenfalls bedeutet die ferne, ferne Flamme drohen in der Sternennacht Vernichtung und vielleicht Tod und erweckt Verständnis in uns für den dunklen kosmischen Staub, der ununterbrochen auch auf unsere Erde niederregnet, wie Polarforscher ihn oft fanden.

Sei kein Tor beuge vor

Dr. Schröder's

AUFBAUSALZ

Wissenschaft und Nährsalzfrage.

5. Die führenden Physiologen Professor Dr. Albu und Neuberg schreiben:
„Es hat sich erwiesen, daß die Salze durchaus keine unwesentlichen und passiv mitgeschleppten Begleiter der organischen Nährstoffe sind; sie spielen vielmehr eine eminent aktive Rolle bei der Ausnutzung der Gesamtnahrung und gerade der anorganischen Nährstoffe. Wenn auch in ganz anderer Richtung als der letzteren, sind auch die Salze Träger von Energie, welche im Körper in Bewegung umgesetzt wird. Diese Erkenntnis ist eine der reifsten Früchte ...“



Größ-Kur M. 3.—, Klein-Kur M. 1.20

In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Generalvertretung:
„Vita“ Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW 45,
Bessestr. 19, 1. Stock, Ecke Charlottenstr.
Telephon: Dönhoff 349

Zentralverband der Angestellten

Wieder haben wir eine traurige Pflicht zu erfüllen. Unser Kollege

Max Schüler

ist am 15. Februar nach langem schweren Leiden entschlafen. Er gehörte — nach vorheriger Mitgliedschaft im Verband der Lithographen und Stein-drucker — seit 1907 unserer Organisation an. Als Revisor der Ortsgruppe, als Mitarbeiter in der Fachgruppe Sozialversicherung und als Mitglied der Ortsverwaltung hat er sich in jahrelanger treuer Zusammenarbeit die Achtung und Freundschaft vieler Kollegenkreise erworben. Das Vertrauen der Mitglieder berief ihn zum Revisor des Gesamtverbandes. Auch hier hat er die gewerkschaftliche Erfahrung von Jahrzehnten mit Erfolg in den Diensten unserer Bewegung gestellt.

Wir verlieren in Max Schüler einen rührigen Funktionär, dem wir ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren werden.

Zentralverband der Angestellten

Der Verbandsvorstand, Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Die Einäscherung findet Freitag, 19. Februar, 4 Uhr nachm., im Krematorium Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz, statt. — Zahlreiche Beteiligung der Mitgliedschaft wird erwartet.

Wilhelm Dams

im 65. Lebensjahre.
Dies jährl. Herztod an mit der Bitte um lüdes Beileid

Witwe Wilhelmine Dams
nebst Kindern
Berlin, Schlegelstr. 9
Einäscherung: Freitag, abends 8 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf.

Gustav Wruck

im 65. Lebensjahre, den 13. Februar, nach längerem Krankheitslager, der Ruhe überlassen.

Ehre seinem Andenken!
Drachenkommission d. Dreher im Deutschen Metallarbeiterverband
Einäscherung: Donnerstag, 18. Feb., nachmittags 4 1/2 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. [120/20]

Richard Eichberg

im 65. Lebensjahre, den 13. Februar, nach längerem Krankheitslager, der Ruhe überlassen.

Ehre seinem Andenken!
Die Beisetzung erfolgt Donnerstag, den 18. Febr., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Julius Fischer

im 65. Lebensjahre, den 13. Februar, nach längerem Krankheitslager, der Ruhe überlassen.

Ehre seinem Andenken!
Die Beisetzung erfolgt Donnerstag, den 18. Febr., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Der gute Kapitän-Kaufabak

in der besten Qualität
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3601

Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 6 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Deutsche Werke Aktiengesellschaft, Berlin

Bilanz per 30. September 1925

Besitztütle		Reichsmark
Grundigentum	6 000 000,00	
Gebäude	6 604 380,00	
Betriebsanlagen	1,00	
Schiffe, Fuhrpark und Autos	1,00	
Werkzeugmaschinen	1,00	
Dockanlagen, Heilung und Nebenanlagen	1,00	
Modelle, Formen und Werkzeuge	1,00	
Vorrichtungen und Lehren	1,00	
Mobilar und Utensilien	1,00	
Patente und Schutzrechte	1,00	
Im Bau befindliche Neuanlagen	1,00	
Beteiligungen	1,00	
Beteiligungen an den Nachfolgergesellschaften		
Deutsche Industriewerke A.-G., Spandau	7 996 000,00	
Deutsche Kraftfahrzeuge A.-G., Haselhorst	5 000 000,00	
Deutsche Stahl- und Walzwerke A.-G., Seeburg	3 999 000,00	
Deutsche Spinnereimaschinenbau A.-G., Ingolstadt	2 960 000,00	
Deutsche Präzisionswerkzeuge A.-G., Amberg	500 000,00	
Zusammen	20 455 000,00	
Kasse, Devisen, Schecks, Wechsel, Bank- und Scheckguthaben	1 998 700,31	
Effekten	8 361,31	
Debitoren	17 773 918,64	
Warenbestände	275 976,02	
Hinterlegungen	93 901,24	
Zusammen	4 272 657,53	
Avale	53 116 917,14	
Schuldseite		Reichsmark
Aktienkapital		
Aktien Lit. A.	28 000 000,00	
Aktien Lit. B.	1 100 000,00	
Zusammen	29 100 000,00	
Reservfonds	2 500 000,00	
Erneuerungsrücklage	2 94 564,16	
Kreditoren	1 143 177,61	
Darlehen Reichsfinanzministerium	10 150 000,00	
Uebergangsposten	3 763 840,21	
Gewinn- und Verlust-Konto		
Vortrag per 1. 10. 24.	360 925,34	
per 1924/25	1 153 401,32	
Zusammen	469 405,16	
Kautionen	93 012,21	
Avale	4 747 543,53	
Zusammen	53 116 917,14	

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. September 1925

Aufwendungen		Reichsmark
General-Unterkosten	4 975 696,24	
Abschreibungen auf:		
Gebäude	174 782,47	
Betriebsanlagen	153 784,25	
Werkzeugmaschinen	58 978,67	
Dockanlagen, Heilung und Nebenanlagen	736,60	
Modelle, Formen und Werkzeuge	255,30	
Vorrichtungen und Lehren	32 718,00	
Mobilar und Utensilien	1 000,00	
Im Bau befindliche Neuanlagen	78 439,00	
Zusammen	390 995,66	
Gewinn	469 405,16	
Zusammen	850 497,66	
Erträge		Reichsmark
Gewinn-Vortrag aus 1924	36 995,54	
Brutto-Gewinn	8475 101,74	
Zusammen	8 512 097,28	

Deutsche Werke Aktiengesellschaft

Die vorstehende Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir nachgeprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung befunden.
Berlin, im Januar 1926.
Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft.
gez. Dr. Adler, gez. ppa. Böhm.

KLEINE ANZEIGEN

OPP & JOSEPH
Berlin W.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf.
Das fettgedruckte Wort 25 Pf. (zu-
lässig zwei fettgedruckte Worte).
Stellungnahme des ersten Wort (fett)
1 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. (Worte
über 15 Buchstaben zählen doppelt).

Verkäufe

Erfrügender, Zeitmooon, Aeren,
Sonderausgabe, Dezembernummer 20,
Gabelinfuhrnatur, Sommerfische,
Rundstift 18, Teemooon 35, Klub-
stift 25 Goldw. Möbelhaus Kamer-
ling, Rahmentafel 28.
Tafelstühle, füllend, Möbel-Stuhl,
Tafelstühle, füllend, Möbel-Stuhl,
Tafelstühle, füllend, Möbel-Stuhl,
Tafelstühle, füllend, Möbel-Stuhl.

Möbel

Rohmaterial, neue feinste
Kleinfabrikate mit Spiegel 105,00, neue
enallische Bettstellen mit Federbofen
und breitenlinden Kissen 35,00,
Kassette mit Marmorplatte 15,00,
Waldstoffs 45,00, Dirmatzen 45,00,
Süßholzwelt 75,00, neue Räder, 100
breit, 88,00, Kissen, 40,00, neue
breit, Kissen 45,00, Riefensack
in jeder Ausführung, Möbelhaus Göt-
lich, Rahmentafel 18, Scahof Ge-
mälde 100,00.

Kaufgesuche

Vertrauensvolle Kaufkraft suchen,
während, langjährig Erfahrung (fett-
lich), Wolf, Wiesenschke 28, Post-
fach 111, 2 Fernen Götlich, Dönhoff,
Kreuz, Reuß, Uria-Dandier,
Kreuz 27,38.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Kaufkraft suchen,
während, langjährig Erfahrung (fett-
lich), Wolf, Wiesenschke 28, Post-
fach 111, 2 Fernen Götlich, Dönhoff,
Kreuz, Reuß, Uria-Dandier,
Kreuz 27,38.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote
Mädchenmittelschule der jüdischen Gemeinde
zu Berlin.

Schulwartstelle

Die Schulwartstelle
ist zu befüllen.
Im Bewerbungsverfahren und in Posten
unabhängige Bewerber wollen sich unter Ein-
reichung von Zeugnissen schriftlich bis
28. 1. 26. melden. 185 18
Schulbüro, Drenthener Straße 29 11.

Herrnfeld

intimes Th. 8 U.
Zwei gute Schläger:
Fam. Schmock
Klabriasparte
Kleine Friedenstr.

Central-Theater

Der Fremde

Metropol-Theater

No no Naette

Admiralpalast

Kaller-Ravne
Achtung!
Welle 505
Wir
bleiben
billig!
v. 1 bis 8 M.

Sinfonie-Konzert

der Philharmon. Orch.
Dirig: Prof. Pröwer
6. Sinf. — Tuba-Wald,
Soltz-H. Hoist

Gewinn-Losung

5. Klasse 26. Preussisch-Sächsische Klassen-Lotterie
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Kauf jede gewogene Nummer und zwei gleich hohe Ge-
winne gefällig, und zwar je einer aus der Lots gleiches
Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

11. Ziehungstag

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen
2 Gewinne zu je 5000 RM. 154828
10 Gewinne zu je 3000 RM. 81894 142667 168824 171953 28270
16 Gewinne zu je 2000 RM. 14239 50246 82264 115143 170886
183731 202158 260306
28 Gewinne zu je 1000 RM. 6917 8421 20546 40370 50692 72481
64240 140388 154597 237393 240574 250228 276732
74 Gewinne zu je 500 RM. 27239 26183 26611 31699 47505 61961
71026 83441 87520 87612 90863 92013 103906 105617 114085
117989 123082 130074 133750 136565 142842 144202 158999
163945 164191 177273 190943 194533 213398 226720 233526
252867 265008 262426 276732 276777 491943
106 Gewinne zu je 300 RM. 13011 16319 19316 23093 24431 24827
27910 29484 32509 33549 36617 38766 38838 40977 24526 59371
65308 66896 69999 77482 80308 83181 83413 89069 89389 89629
94627 98942 101791 101915 103474 105714 109031 110423 112906
113271 117314 126905 126903 128989 128935 129279 131033
131242 133655 136274 139701 142579 143755 148893 151918
153195 154452 155715 158523 158504 158842 161623 163396
174072 176661 182278 182487 183856 183315 188805 188840
192710 192955 196761 196610 204578 202301 212550 213569
215298 220789 224585 226153 235125 237192 240176 246836
249135 253649 249780 266693 273223 279562 280161 282501
284145 287687 287681 291056 295364 296318 299728

12. Ziehungstag

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen
2 Gewinne zu je 7500 RM. 231992
4 Gewinne zu je 5000 RM. 164584 199144
8 Gewinne zu je 3000 RM. 36487 56132 121366 251436
8 Gewinne zu je 3000 RM. 39018 70944 270857 287730
10 Gewinne zu je 2000 RM. 93311 125452 167751 235145 268890
32 Gewinne zu je 1000 RM. 4247 32767 51241 82243 100461
110726 120381 135692 143909 151039 153110 164968 172203
200189 278518 294804
74 Gewinne zu je 500 RM. 9037 10622 11904 20677 22044 29158
34055 34092 59970 68823 69972 74250 77928 81225 108851 129029
130427 143927 146474 164141 160477 178540 185341 190001
190327 195183 200405 226885 236123 264038 269762 270262
279561 279930 283268 285148 286541
239 Gewinne zu je 300 RM. 1002 3218 3451 4005 6488 7421
14662 15566 20900 26195 26731 32618 34991 39388 43580 46888
48993 49772 49507 48698 49486 52852 57486 57676 62604 63319
70908 73631 79104 82923 88889 90188 90887 92234 92244 94799
101383 104444 110206 112039 114276 115818 116836 133330
125927 126206 126821 129019 129039 130172 136836 133330
141627 143843 144725 148134 148054 148960 154743
157825 158109 161729 164997 168034 171398 172415 179194
174222 174530 177068 180442 184509 187022 191843 191211
192544 193094 193785 196948 198034 202212 207463 208061
208851 209386 211714 223381 228911 235128 237804 237804
240801 243278 246486 247808 248205 249422 260840 260712
263157 263749 268373 267835 270222 273350 278805 277098
281392 286235 287174 288561 290276 293012 294874

Neue Welt

A. J. Holz: 11, Hasenheide 108-114
Mittwoch, den 17. Februar, sowie täglich:

Bockbierfest

in den
Bayer Alpen
8 Kapellen/Neue Dekorationen-30 Jubel. Nach
Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
Heute Spez.: Bayer. Weißwürsti
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Voranzeige! Donnerstag, den 18. Februar!
Großes Schweineschlachten

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne

Der Kaufmann
von Venedig
Morgen 8 Uhr
Der Hansmann
von Venedig

Sitzst-Theater

Opernhaus
am Köpenicker
Schauspielhaus
K.U. im v. d. R. 100/1
Schiller-Theater
8. Wallstr. Lager
Die Piccolomini

Städtische Oper

Charlottenburg
Der fliegende
Holländer
Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater

8 Uhr:
Juarez und
Maximilian

Kammerspiele

8 Uhr:
Die letzte
Geliebte

Die Komödie

Kurfürstendamm 296/7
8 Uhr:
Gesellschaft

Trianon-Theater

Zentr. 2/91
8 Uhr:
Sadie vom
Broadway
Em Just Stück a d.
am. Geschäfte 4. u.

Walhalla-

Th. — Weberstr. 7
Täglich 8 1/2
Hans-J. Vorwärts
Mus. aut. v. Uff
Tonkünstl. - Orch.

Circus Busch

Tgl. 7, 9 u. 11 Uhr
Die Gorillabrant

Rastelli

und
10 weitere
Varieté-
Sensationen

Lessing-Th.

8 Uhr
Gastspiel d. Salzen-
burgs Bühnen
Kron-
prinzessin
Luise

Kleines Th.

8 1/2 Uhr
Ein Spiel
von
Tod u. Liebe
Regie: Viertel

Residenz-Th.

8 Uhr:
Die Durchgängerin
in Claire Kommer

Thalia-Theater

Un- Der alte
Dessauer
(Handlung von Dumas
II Teil)
Gustav Charit
Kurt Vespermann

Th. a. Karlstadt

8 Uhr:
Die Nacht
der Nächte

Deutsches Kunstl.-Theater

8 Uhr:
Paganini
Th. a. Karlstadt
8 Uhr:
Die Nacht
der Nächte

Walhalla-

Th. — Weberstr. 7
Täglich 8 1/2
Hans-J. Vorwärts
Mus. aut. v. Uff
Tonkünstl. - Orch.

Circus Busch

Tgl. 7, 9 u. 11 Uhr
Die Gorillabrant

Rastelli

und
10 weitere
Varieté-
Sensationen

Großes Schauspielhaus

8 1/2 Uhr
Die offizielle
Frau
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 10 M.

Th. a. Hottendorferpl.

